

Kein Betrieb, keine Stempelstelle ohne Delegierte zum Antifaschistischen Kampfkongress!

Dienstag, 17. Februar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang, Nummer 4

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 Pf. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Pf. unter Streifenband 3 Pf. Anzeigenpreis: Die gebalgene Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf. Vereins- und Veranlassungsanzeigen 8 Pf. Kollagepreis: Die gebalgene Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teichgrabenstraße 60. Telefon 460 39. Postfachnummer: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Teichgrabenstraße 60. Telefon 460 02. Verbreitung der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Linnich 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Geschäftsstelle: Hauptverlag Breslau, Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Vortschritt“ AG, P.O. Breslau, Teichgrabenstraße 60. Telefon 464 85.

Rote Mobilmachung:

Für die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung

Die SPD. am Branger — Die Nazis auf der Flucht — Das Volk will Brot und Freiheit! — Nieder mit Hitler-Hugenberg-Seldte und dem Stahlhelm-Volksbegehren! — Fort mit der Regierung Braun-Severing! — Es lebe die proletarische Einheitsfront!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Männer und Frauen des schaffenden Volkes in Stadt und Land! Jungarbeiter und -arbeiterinnen! Angestellte u. Beamte! Volksgenossen!

Die kommunistische Partei fragt euch:

habt ihr satt zu essen?

Können ihr euren Kindern warme Kleidung, eine freie Jugend, eine brauchbare Erziehung, einen freien Aufstieg zu einem freien Leben, das nicht voller Sorge und Angst ist, geben?

habt ihr menschenwürdige Wohnungen?

Oder seid ihr geschlagen vom Elend der Arbeitslosigkeit, gehört ihr zu der Millionenarmee, die die Stempelstellen bevölkert, zu denen, die die Bettelpfennige der „Wohlfahrt“ als Nahrung auf den Hungertod bezogen?

Oder werdet ihr als Proleten im Betrieb angepeitscht vom Hefttempo der rationalisierten Ausbeutung, abgesehen mit der mageren Lohnrate, deren Inhalt nicht für das Notdürftigste ausreicht, bedroht von Anschlägen des Unternehmertums, von Lohnraub, Kurzarbeit, Entlassung und Steuerraub?

Kämpft ihr als Bauern auf der eigenen Scholle mühselig und barden einen verzweifelten Kampf um die Verteidigung eurer Existenz gegen die Last der Wuchersteuern und Pachtzinsen und die künstliche Verteuerung eurer Gerätschaften, die Futtermittel und Düngemittel durch die Zollüberpolitik?

Müht ihr als kleine Geschäftsleute und Handwerker das schwere Brot des notleidenden Mittelstandes essen, den der Monopolkapitalismus erwürgt, gegen den allein sich der demagogische „Preisabbau“ wie die Steuerherrschaft des kapitalistischen Staates richten?

Welcher Schicht des arbeitenden Volkes ihr angehört, stellt euch

klar! Ihr seid die ganze zerstörende Wucht der kapitalistischen Krise. Gegen euch wirken sich die Zudränge der bankrotten Profitwirtschaft aus!

Auf euren Schultern lasten die Tributmillarden des räuberischen Youngplans!

Rot und Elend — das sind die Sequenzen der heutigen „Ordnung“ für das deutsche Volk.

Wollt ihr dieses Leben weiter dulden?

Und währenddessen kämpft die Bande der Ausbeuter, der Milikondäre, der Trustherrscher, Industriekapitäne und Bankiers mit brutaler Skrupellosigkeit um ihren Profit. Eine neue Lohnrauboffensive, neue Anschläge auf die kümmerlichen Rechte der Sozialpolitik, völlige Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung sind in Vorbereitung.

Auf den Straßen knallen die Revolver der Nationalsozialisten. Freige, heimtückliche Überfälle des Mordfaschismus auf revolutionäre Arbeiter!

Im Reichstag beschließen die Brüning-Parteien, gestützt von den abgesetzten Faschisten des Zentrums, mit den Stimmen der SPD. den allgemeinen Zusammenbruch an kommunistischen Abgeordneten und die faschistische Gesandtschaft, die jede Opposition mundtot machen soll.

Diese Zertrümmerung der letzten formalen Reste der „Demokratie“ ist ein Schritt weiter auf dem Wege der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Fast fünf Millionen Wähler gaben der SPD. schon bei den letzten Reichstagswahlen ihre Stimme, weil sie allein mit ihrem Programm der nationalen und sozialen Befreiung den Ausweg aus der drohenden Katastrophe beschrieb. Einen Ausweg, wie ihn das

begeisternde Beispiel des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion

zeigt. Jetzt liefern Bourgeoisie und die Sozialdemokratie die bestmöglichen Vertreter dieser Millionen Arbeiter und Werktätigen der

blutigeren Justiz aus und berauben sie ihrer „angeblich von der Verfassung garantierten“ Rechte. Damit wird zugleich einer neuen Justizoffensive gegen die Arbeiterschaft der Weg gebahnt.

Schritt für Schritt wird der faschistische Umbau des kapitalistischen Staates vollzogen!

Die Goebbels und Fried, die Vertreter der Hitler-Partei, spielen sich in demagogischer Komödie als die Verfechter der verbleibenden Volksrechte auf und verlassen den Reichstag. Sie, die durch ihren Mordterror die volksfeindliche Brüning-Politik unterstützen und überhaupt erst ermöglichen, sie, die Einseitiger und Verfechter des faschistischen Kurses der deutschen Bourgeoisie, zeigen sich plötzlich in der politischen Maschade einer „radikalen“ Scheinopposition. Dieses Manöver ihrer

Flucht aus dem Reichstag

enthüllt die Angst der Nazis vor ihrer Entlassung durch den siegreich vorwärts marschierenden Kommunismus. In ihrer Ohnmacht, den Massen einen Ausweg zu zeigen, den Hunger und Freiheitswillen des Volkes anders als mit leeren Phrasen abzuspülen, müssen die nationalsozialistischen Führer sich in ihrer Praxis immer wieder brutal als Agenten des Kapitalismus und der englisch-italienischen Imperialisten entlarven. Alle ihre Versprechungen erweisen sich als leerer Schwindel. Ihre Politik ist bankrott. In ihren Reihen beginnt die Zersetzung.

Sie rücken aus, gerade einen Tag bevor der SPD-Antrag auf Einstellung der Tributleistungen des räuberischen Young-Planes und auf sofortigen Austritt aus dem Völkerbund im Plenum des Reichstages zur Abstimmung kam. Sie dürfen nicht dafür stimmen, weil ihre Geldgeber es verboten haben. Aber sie wollen durch ihre Flucht wenigstens vor den Massen verschleiern, daß sie gegen die Einstellung der Young-Zahlungen, gegen den Austritt aus dem Völkerbund,

für die kapitalistische Tribut- und Zollpolitik

sind. Sie drücken sich vor der Beratung des Haushaltsplanes, um nicht erneut, wie bei ihrer Ablehnung der Millionärsteuer, zeigen zu müssen, daß

sie die Arbeiter und Angestellten, die Werktätigen in Stadt und Land, an die Geldherrschaften des Kapitals verschachern.

Sie flüchten und treiben „Opposition“, aber eine „Opposition“ nur mit Phrasen, nur in Zeitungsartikeln, in Versammlungsreden, auf Plakaten.

In der Praxis organisieren sie den Streikbruch im Dienste des Unternehmertums, wo es zum Kampfe zwischen Kapital und Arbeit kommt.

In der Praxis verschärfen sie ihren Mordterror im Dienste der Kapitalherrschaft, um die Arbeiter abzulenkten, einzuschüchtern und zu zermürben. Niemals fiel ein Kapitalist durch die Nazis, stets waren Arbeiter ihre Opfer.

Sie „scherten“ ihre Reichstagsblüten den Erwerbslosen. Aber in Wirklichkeit haben sich diese Doppelverleurer die Diäten längst im Vorhinein ausgeschütet lassen und werden ebendort

von den Bankiers und Industriellen ausgehalten.

In keiner Partei, nicht einmal in der SPD., herrscht so viel Feindschaft, Verrat und Bonzenwirtschaft, und eine solche Eufonie der unteren Mitgliedschaft wie bei den Nazis.

Eine Bande verkommenen politischen Abenteurer, Kapitalstrolche und faulgelesener Bonzen — das ist die Nazi-Führerschaft, die sich als „Herde der Nation“ ausgibt, in ihrer wirklichen Gestalt

Und was tut die Sozialdemokratie?

Die sozialdemokratischen Führer im Reichstag haben alle Kräfte eingesetzt, um der faschistischen Politik der Brüning-Regierung zum Erfolge zu verhelfen. Mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaften

treiben sie Streikbruch gegen die Betriebsarbeiter, legen Polizei, Nachweisbeamte und Wohlfahrtspfleger gegen Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger ein.

Sie halfen, den Reichstag in ein Mikroskop-Parlament zu verwandeln.

Sie übernehmen die Parolen des Lappo-Faschismus, die revolutionäre Opposition habe im Parlament nichts zu suchen. Ihr Vorkrieg gab die Lösung aus, den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Immunität, die Diäten und die Freiheitkarte abzuschneiden.

Die SPD. ist die Hilfspolizei des Faschismus in Deutschland!

Der „Kampf“ zwischen Faschismus und der sozialdemokratischen Führerschaft ist nichts als ein Wettstreit um die Gunst des Finanzkapitals, ein Konkurrenzkampf um die Futtertrögen des kapitalistischen Staates. Die SPD. kümmert sich an ihre Preisregulierung. Die Faschisten — von den Nazis bis zur Volkspartei, mit dem Stahlhelm als vorgeschobene Firma — wollen

mit ihrem Stahlhelm-Volksbegehren die preussischen Futtertröge für sich erobern.

In Preußen wollen sie die Hochburg ihres blutigen faschistischen Regimes nach dem Muster Mussolinis errichten. Die Hitler-Partei hat in Thüringen und Braunschweig zur Genüge bewiesen, daß sie genau so wie die Brüning und Dietrich im Reich oder die Braun und Severing in Preußen den Young-Plan auf Kosten der werktätigen Massen „erfüllen“, die Arbeiterschaft unterdrücken und die Steuerherrschaft strapazieren. Ja, die Fried und Franzen übertrumpfen noch die Minister der übrigen Länder.

Ist also das Volksbegehren der Reaktion „gegen“ den realen und volksheligen preussischen Landtag und gegen die Braun-Severing-Regierung eine „Sache des Volkes“?

Wir Kommunisten fragen euch, Volksgenossen in Stadt und Land:

Was begehrt das Volk?

Und ihr antwortet:

Neder Severing noch Hitler-Hugenberg!

Das Volk begehrt Arbeit, Brot und Freiheit!

Das Volk antwortet mit Verachtung und Massenkampf auf das „Volksbegehren“ der Reaktion!

Das Volk will kein „Volksbegehren“ fordern die

Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung

Die kommunistische Partei hat deshalb beschlossen, auf das „Volksbegehren“ der Reaktion, den Mordterror der Nazis, die faschistischen Anschläge der Brüning und SPD. und den volksfeindlichen Kurs der Braun-Severing in Preußen, mit einer umfassenden Volksbewegung zu antworten.

Massenversammlungen in Städten und Dörfern, Mobilisierung der Betriebe und Gewerkschaften, Demonstrationen, antifaschistische Volkskongresse, Streiks der Arbeiter, Bauern, Arbeiter, Kampfmaßnahmen des Mittelstandes, — das alles sind die Methoden dieser Volksaktion, die Millionen in ganz Deutschland treffen. Millionen zum Kampf einlegen, Millionen zum Siege voranzutreiben soll

Die Faschisten betreiben ihr „Volksbegehren“ in Preußen. Die

Vollaktion der Kommunisten wird in ganz Deutschland mobilisieren!

Die Vollaktion gegen Faschismus und Preußenregierung legt sich zum Ziel, sowohl den politischen und

wehhaften Massenkampf gegen den Faschismus

hürnisch zu entlassen, als auch mit der preussischen Wirtschaft durch die gewaltige Kraft der Massenaktion auszuräumen. Darüber hinaus gilt sie dem Ziel der sozialen und nationalen Befreiung, der Bekämpfung der kapitalistischen Profitwirtschaft, der Erläuterung einer neuen Gesellschaftsordnung, der Errichtung Sowjetdeutschlands!

Aber führt den Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments zum Unruhm- und Ausbeutungspolitik des Kapitals und seiner Helfershelfer!

Die einzige wirkliche Oppositionspartei Deutschlands! Die Kommunistische Partei Deutschlands!

Die Partei der Kommunisten allein organisiert den revolutionären Massenkampf.

Die Kommunisten haben seit der letzten Landtagswahl unermüdlich die Massen gegen die Schmach der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, gegen die Braun-Severing-Regierung und ihre kapitalistische Politik mobilisiert.

Die Kommunisten haben seit 1928 immer wieder auch die Tribunen des Parlaments ausgenutzt, um durch ihre Anträge auf Landtagsauflösung und Sturz der Preußenregierung die Massen zum außerparlamentarischen Kampf aufzurufen.

Die Preußenregierung unter Führung der Sozialdemokratie, war stets ein willkürliches Machsinstrument der bestehenden Klasse.

In Preußen feiert der sozialdemokratische Polizeiterrordie wilden Orgien. Hier vergoß Jörgiebel Arbeiterblut am 1. Mai 1929.

Hier wurde der KPD, diese Wehrorganisation gegen den Faschismus, durch die Severing-Grzesinski besonders strupellos unterdrückt.

In Preußen sind Zensur- und Demonstrationsverbote gegen die Arbeiterregierung eine alltägliche Praxis.

In Preußen werden die Regesteuern Brünings besonders brutal eingetrieben und dem Mietennutzer Tür und Tor geöffnet.

Preußen hat jähren, jähren keine beseitigten Ausgaben für alle Gebiete der Sozialpolitik schamlos ab und steckt immer neue Millionen in die Militarisierung und Aufrüstung der Schube, in die Klassenjustiz, das Gefängniswesen, oder kürzt sie mit Konfiskationen den Massen zu.

Preußen ist nicht das „kleinere Uebel“, sondern im Gegenteil, heute der Hort der finsternen Reaktion in Deutschland! Die Politik der SPD, hindert nicht die Faschisierung, sondern bahnt dem Faschismus den Weg!

Kein Klassenbewußter Arbeiter darf den Finger krumm machen, damit die Bonzenwirtschaft der Braun, Grzesinski und Severing bestehen bleibt!

Wer etwas wenig kann sich ein Werkstücker dafür einspannen lassen, daß — hat der Severing, Jörgiebel und Grzesinski — die Hitler, Goebbels und Fried auf Arbeiter schießen, Demonstrationen überfallen und Steuern erpressen. Faschismus und Sozialfaschismus sind beide Todfeinde des kämpfenden Proletariats! Gegen beide richtet sich der Kampf des Volkes für seine Rechte, für seine Ehre, für seine Fortkommen.

Gegen Faschismus, Brüning-Diktatur und Preußenregierung — das ist die klare Frontstellung der Arbeiter und aller Werktätigen!

Die Reaktion, dem Stahlhelm und der schwarzindustriellen Vollaktion bis zu Hindenburg und Hitler, ruf zum „Volksbegehren“. Aber diese parlamentarische Komödie, während die Massen hungrig und Tot leiden, während Millionen um ihr wackes Polster kämpfen, ist ein Speck auf dem Eise!

Dem Volksbegehren wird niemand laß. Nur im Kampf kann sich das arbeitende Volk seiner Feinde erwehren und sein Recht verschaffen.

Wir rufen zum Vollaktion gegen Faschismus und Preußenregierung.

Jeder Kommunist ein Wirtator!

Aus dem Reiche des Nazioten Fried

Wie der erste Regesteuerminister die Ministergehälter statt ab- aufgebaut hat

Vor der Landtagswahl in Thüringen 1929 sprach Fried in einer Versammlung in Weimar:

„Die Minister kopien sich die Taschen voll und wissen überhaupt nicht, wie es dem Volk geht.“

Im Reichstag hat dieser selbe Fried seinerzeit den Antrag eingebracht, die Ministergehälter dürfen nicht höher wie 12 000 Mark betragen.

Im Januar 1930 wurde Fried, der während des Krieges — nicht etwa aus Freiheit —, sondern weil es der König von Bayern wollte, in Pirmasens und München das herrlichste Leben führte, Minister in Thüringen.

Aber nicht etwa aus Eigenmut, so etwas gibt es bloß bei Margareten und Juden, sondern aus echt teutischem Gemeinnut hat dieser Herr Fried sich folgendes Einkommen — auf zwinge lassen:

1. Gehalt jährlich	16 000 M.
2. Aufwandsentschädigung jährlich	2 000 "
3. Wohnungsgeld jährlich	2 160 "
20 160 M.	

In diesen 20 000 Mark sind folgende — „gemeinnützige“ Einnahmen nicht einbegriffen:

1. An Reichstagsdiäten 7200 Mark.
2. Besondere Vergütungen für Anspruchsfragen im Reichstag, für die es pro Sitzung 20—50 Mark gibt.
3. Speisen in Höhe von 50 Mark pro Tag, wenn der Regesteuerminister das Thüringer Ländchen bereist.
4. Seine Kinderbeihilfen, die im Gehalt nicht einbegriffen sind.

Die Nazis sind die Partei der parlamentarischen Spiegelfechtere und des Volksbetruges!

Wir sind die Partei der ersten revolutionären Massenaktion!

Bei den Betriebsrätewahlen, beim internationalen Kampftag der Arbeitslosen am 23. Februar, beim internationalen Frauentag am 8. März, beim Reichsjugendtag zu Osnabrück, auf den antifaunistischen Volkstagen, bei der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten des Steuerrechts, in jedem Wirtschaftskampf, der Forderung für den politischen Massenstreik, — überall gilt es, die Vollaktion gegen Faschismus und Preußenregierung als eine gewaltige Sturmflut des Volksgutes voranzutreiben.

Halte Versammlungen in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in jedem Stadtteil, auf jedem Dorf ab!

Macht die Betriebe und Stempelstellen zu Hochburgen der roten Einheitsfront!

Schmiedet die mächtige Waffe des Klassenkampfes, die KPD!

Stoßt auf das Dorf vor!

Zentralkomitee Kommunistische Partei Deutschlands

Sektion der Kommunistischen Internationale

Weitere sechs Delegierte zum Gleiwitzer Kampfkongreß gewählt

Oppeln. In der öffentlichen Versammlung, die von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion einberufen war, sind zwei parteilose Arbeiter als Delegierte zum Antifaschistischen Kampfkongreß, der am 15. März in Gleiwitz tagt, gewählt worden.

Gleiwitz. In der Generalversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit wurden nach einem Referat zum Kampf gegen den Faschismus vier Delegierte zum Kongreß gewählt.

Keine vier Wochen mehr trennen uns von der obersteleischen Kampftagung gegen den Faschismus. Deshalb muß die Massenmobilisierung in Stadt und Land, in Betrieb und auf der Stempelstelle verstärkt entfaltet werden. Ueberall müssen Delegierte gewählt werden. Jeder Ort, jede Stempelstelle, jede proletarische Organisation

Müht die Trommel unter dem notleidenden Mittelstand! Gewinnt die ausgebeuteten Angestellten in Handel und Industrie, in Warenhäusern und Banken!

Schafft Einheitsorgane der Arbeiter, der Angestellten, der Mittelständler, der Bauern, der Frauen und der Jugend!

Organisiert die umfassende Volksaktion!

Nieder mit dem Mordfaschismus! Nieder mit dem Stahlhelm-Volksbegehren der Reaktion!

Sinweg mit Braun, Sebering und ihrem volksfeindlichen Landtag!

Nieder mit den Hitler und Eugenbergl! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des ganzen arbeitenden Volkes!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des ganzen arbeitenden Volkes!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Es lebe die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung!

Neuer Abbauplan der Arbeitslosenunterstützung

Mulert will 100 Millionen ersparen

In einer Pressebesprechung erklärte der Präsident des Deutschen Städtebundes, Mulert, daß der Deutsche Städtebundesrat auch einen Vorstoß zur Milderung der Arbeitslosenunterstützung der Reichsregierung übermitteln werde. Mulert fordert die Verringerung der Kosten für die Gemeinden, doch diese Entlastung der Gemeinden soll auf Kosten der Arbeitslosen gehen. Mulert behauptet, daß allein durch Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung hundert Millionen Mark an öffentlichen Mitteln erspart werden könnten. Er führte aus:

„Eine Vorgebung öffentlicher Mittel bestche gegenwärtig bei der Handhabung der Krisenfürsorge, deren Vorschriften zu schematisch sind. Die Arbeitsämter könnten die Bedürftigkeit im Einzelfalle nicht ermitteln, und in zahlreichen Städten wäre festgestellt worden, daß Krisenunterstützung nach der Aussteuerung nicht unterhügt zu werden brauchen, weil eine Bedürftigkeit nicht vorlag. Würde die Krisenfürsorge nach den Grundfätzen der öffentlichen

Fürsorge durchgeführt werden, so würde in der Gesamtheit etwa ein Viertel der jetzigen Aufwendung der Krisenfürsorge, nämlich über eine Million Mark, erspart werden können.“

Dieser Mulert hält also sogar die heutige erbärmliche Unterstützung der Arbeitslosen für eine Vorgebung öffentlicher Mittel. Mulert unterstützt die Pläne der Brüning-Regierung, die einen weiteren scharfen Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen will. Die SPD. unterstützt in jeder Beziehung die Politik der Brüning-Regierung, und sie wird auch mithelfen, die Arbeitslosenunterstützung noch mehr abzubauen.

Die einzige Möglichkeit, den neuen Lohnraub abzuwehren, besteht in der Verflärkung des außerparlamentarischen Kampfes der Arbeitslosen und Betriebsräte. Bis jetzt war die Gegenwehr noch nicht stark genug. Deshalb muß mit allen Kräften zum 25. Februar, dem Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit, gerichtet werden, um durch einen wichtigen Aufmarsch der Arbeitslosen und Betriebsräte den Unterstützungsraubern zu zeigen, daß sich das arbeitende Volk diese Unterstützungspolitik nicht länger gefallen läßt.

Königsberger Buchdrucker streiken weiter

Trotz Verbindlichkeitsklärung des Lohnraub-Schiedspruches

Königsberg, 16. Februar. Der Streik der Königsberger Buchdrucker geht weiter. Die Kampfführung liegt in den Händen eines Streikkomitees. Die Hauptforderungen der Buchdrucker sind Abwehr jeden Lohnabbaues und Einführung der 40-Stunden-Woche.

Die Königsberger Buchdrucker haben ihren Kampf trotz Verbindlichkeitsklärung des Lohnraub-Schiedspruches fortgesetzt. Das ist ein Warnsignal für alle graphischen Arbeiter. Ueberall müssen sich die Belegschaften mit der Waffe des Streiks gegen den Lohnraub zur Wehr setzen.

Die Quittung für den Verrat!

2100 Rumpels fliegen aufs Pflaster!

Gelsenkirchen, 15. Februar. Nach einer Mitteilung der Vereinigten Stahlwerke hat sich die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen infolge des weiterhin rückgängigen Rohabbaues und infolge der Unmöglichkeit, die angewandenen Rohstoffe zu räumen, gezwungen gesehen, die Rohabbaue weiterhin einzuschränken und als Folge hiervon die Rohabbaue ihrer Kosten in erheblichem Maße weiter herabzusetzen. Die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen hat daher weitere Kürzungen und Entlassungen von insgesamt 2110 Arbeitern und Angestellten bei den zuständigen Stellen zum 15. März beantragt.

Streit in Mussolinien

Rom, 15. Februar. In Carrizo bei Mailand sollte in der Spinnerei ein 25prozentiger Lohnabbau durchgeführt werden. 1200 Arbeiter widersetzten sich und traten in den Streik. Die Mussolinische Milizgarde, die auf Lastwagen eintraf, wurde mit einem Steinhaufen empfangen und ausgepfiffen.

„Der Fünfjahrplan — der gewaltigste Feldzug gegen das Elend“

Die Bischöfe von Durham und die Bolschewiki

Die „Zswestija“ entlarzt in Ihrem Leitartikel den wirtlichen Sinn der neuen sowjetischen Sachanalen Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Sie schreibt:

„Mögen die kapitalistischen Trusts in Ihrer Angst vor dem Fünfjahrplan noch so viele Lords, Pfaffen und bestochene Zellenhüter auf den Plan bringen, es wird ihnen nicht gelingen, den Arbeitermassen Europas den Glauben an den Schwindel von der Sklavenarbeit in der Sowjetunion aufzuwinden.“

Der allerschändlichste Arbeiter fecht zwei Tatsachen, deren Bedeutung durch keinerlei hysterischen Geschrei abzuschwächen ist. Erstens rennen gegen die sogenannte Sklaverei in der Sowjetunion jene an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ganz gleich, wo sie stattfindet, verteidigen und verteidigen, und zweitens begreift jeder Arbeiter, daß dort, wo es Sklaven gibt, es auch Sklavenhalter gibt. Mögen die vollgefressenen Bischöfe von Durham, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse mähen, zeigen, wo die Sklavenhalter sind, die die Arbeit des sowjetischen Arbeiters ausbeuten. Dazu werden sie nicht imstande sein. Und sogar der rückständige europäische Arbeiter sagt sich: Vielleicht ist das Leben der Arbeiter in der Sowjetunion noch ein schweres, aber sie arbeiten für sich und führen einen Kampf im eigenen Interesse.

„Der Fünfjahrplan ist der gewaltigste Feldzug in der Geschichte der Menschheit gegen das Elend“. Diese Worte stammen nicht von einem kommunistischen Agitator, sie stammen von dem Sekretär der Londoner Gewerkschaften, Alfred Wall. Es ist allbekannt, daß die Gewerkschaftsbürokratie Großbritanniens keine Kommunisten auf Sekretärposten duldet. Aus dem Munde Walls spricht die Wahrheit, die sich vor den rückständigen Arbeitern, die noch nicht endgültig mit der Bourgeoisie gebrochen haben, nicht verheimlichen läßt.

Auf das tolle Geklaff der bürgerlichen Presse, die einen Feldzug gegen das Sowjetland vorbereitet und alle möglichen Mittel versucht, um diesen Feldzug durch edelmütige Lösungen vor den Volksmassen zu verschleiern, antworten wir mit der einfachen Wahrheit über die Krise des Kapitalismus und über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, und wir sind fest überzeugt, daß diese Wahrheit den Weg bis zum letzten Arbeiter der Welt finden wird.

Die Hartnäckigkeit, mit der die bürgerliche Presse ihre Verleumdungskampagne führt, zeigt, daß diesen Feldzug gegen die Sowjetunion die einflussreichsten Kreise des Kapitalismus vorbereiten. Die Sowjetregierung verheimlicht vor den Massen nicht den Ernst der Interventionsgefahr. Aber von einem können die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion überzeugt sein: Falls die Weltbourgeoisie mit ihrem wahnwitzigen Abenteuer ernst macht, wird dieses Abenteuer mit ihrer Niederlage enden. Davon kann man überzeugt sein, nicht nur deshalb, weil Duzende Millionen früherer Sklaven des Jares, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie den sozialistischen Aufbau mit Entschiedenheit und sprühendem Haß gegen den Feind verteidigen werden, sondern auch deshalb, weil in diesem Kampfe Duzende Millionen Arbeiter und Dorfarbeiter in der ganzen Welt mit uns sein werden.“

Pilsudski verbietet die Eintsozialisten

Kattowitz, 16. Februar. Auf Grund einer Verfügung des Innenministers löste die Wojewodschaft der Parte der polnischen Eintsozialisten in der Wojewodschaft Schlesien wegen „kommunistischer Tendenzen“ auf. Die Partei bestand seit 1926 und umfaßte 16 Ortsgruppen. Der Wojewode hat einen Auftruf erlassen, in dem er den Angehörigen der Partei, die weiter für sie tätig sein sollten, schwere Strafen androht.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von
N. Tokunaga

Verlag des Internationalen Arbeiter-Berlags G. m. b. H. Berlin

38. Fortsetzung.

In gelbbraunen Lederkoffern wird dieses Blut als vornehmste Habe in der Zentrale in Sicherheit gebracht — zur Bank, in die Wechselstuben, Börsen, Kaufhäuser, Theater, Bars, vornehmen Restaurants, Tanzhallen und so weiter.

Ein kugler bürgerlicher Politiker hat im Reichstag vorgeschlagen, alle Fabriken aus der Stadt zu verlegen.

„Eine bequeme Wohnung muß immer in Ordnung sein. Küchen, Dienerkammern und Aborte werden immer so angelegt, daß sie die Stimmung der Hausbewohner nicht stören. Das ist nicht nur nützlich und nicht nur um äußerlicher Schönheit willen, sondern weil man dadurch auch von Lärm und Gestank befreit wird; vom hygienischen Standpunkt aus ist es ein unbedingtes Erfordernis.“

Der Reichstag nahm diesen „Vorschlag zur Güte“ einstimmig an. Die „Straße ohne Sonne“ im Koishijawaberg wird demnach das Schicksal haben, zwei Meilen weit fortgejagt zu werden.

Jetzt, wo Tokio von fortschrittlichen Kapitalisten Europas und Amerikas besucht wird, darf eine solche schmutzige Gasse nicht mehr mitten in der Stadt bleiben. Zudem war das „malerische Waldtal“, das der Kronprinz beim Besuch des Seminars entdeckt hatte, eine besondere Sehenswürdigkeit der Stadt. Solch ein Schmutzhaufen ist im schönen Tokio eine Unannehmlichkeit. Deshalb sollte diese „Straße ohne Sonne“ schon in nächster Zukunft mit ihren Barackenreihen nach außerhalb wandern, um das „Ansehen“ der Großstadt nicht zu stören.

Es trägt doch wirklich auch nicht zur „allgemeinen Harmonie“ bei, wenn auf dem schönen Pflaster die Lastwagen fahren, in den Wartefallen der großen Banken die blauen Arbeiterblusen sitzen, auf dem Parkett der Tanzhallen die Arbeiterinnen tanzen, in den großen Schaufenstern der Kauf-

Vor einem Generalstreit in ganz Spanien?

Massendemonstrationen und Straßenkämpfe in allen großen Städten

Madrid, 16. Februar.

Die Lage in Spanien hat sich in den letzten Tagen so zuspitzt, daß sich die Bildung einer militärischen Regierung als Nachfolgerin des gestürzten Berenguer-Kabinetts als unmöglich erwies. Der König hat daraufhin die Gruppe der konstitutionellen Monarchisten, mit dem General Sanchez Guerra an der Spitze, die Regierungsbildung überlassen.

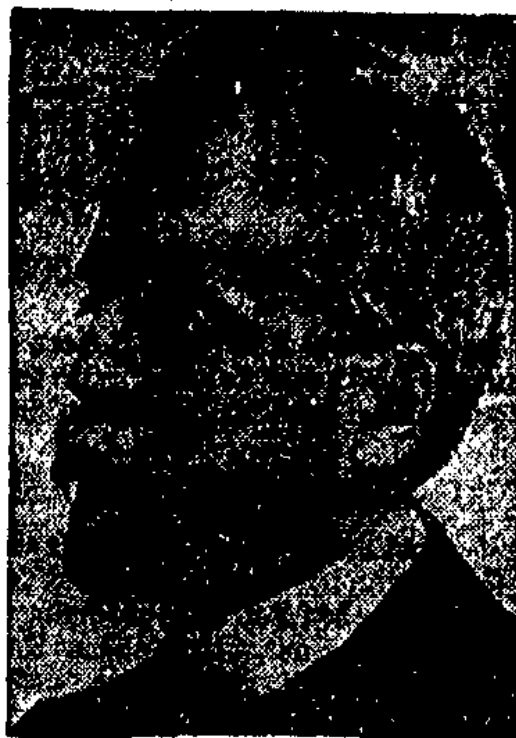
Sanchez Guerra war einer der Führer des vorjährigen Aufstandes und ist erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden.

Inzwischen wächst die antimonarchistische, republikanische Bewegung im ganzen Lande zur Lawine an. Die Arbeiterschaft tritt zugleich immer mehr als selbständige Kraft mit eigenen revolutionären Zielen in den Vordergrund.

In fast allen großen Städten, in Madrid, Barcelona, Sevilla, Saragossa, Segovia und Santander, fanden gestern gewaltige Massendemonstrationen gegen die Monarchie und die Diktatur statt. In Madrid und Sevilla kam es zu schweren Straßenkämpfen. Die Massen — vor allem Arbeiter und Studenten — setzten sich mit Steinschmitten gegen die Polizei zur Wehr. Überall wurden die Versammlungs- und Kundgebungsverbote von den Massen durchbrochen.

In Barcelona fanden trotz des Belagerungszustandes gewaltige Arbeiterdemonstrationen statt. Die Polizei versucht vergebens die Kundgebungen zu unterdrücken.

In Barcelona fand eine von den Gewerkschaften unter dem Druck der Massen einberufene Versammlung statt, die ein Ultimatum an die Regierung richtete. Die Massen fordern Anerkennung der gewerkschaftlichen Rechte, Aufhebung der von der Diktatur verhängten Strafgesetze gegen Streiker und so-



Sanchez Guerra

fortige Freilassung aller politischen Gefangenen. — Für den Fall der Ablehnung dieser Forderungen soll der Generalstreit in ganz Spanien beschlossen werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer versuchen vergebens den revolutionären Kampfwillen der Massen zu brechen, indem sie den „unpolitischen“ Charakter der Gewerkschaftsbewegung unterstreichen. Die Massen stürmen über den Kopf der Verräter zum Kampf.

Ein Manifest der A. S. Spaniens

Paris, 16. Februar. (Inprekorr.) Die Ereignisse in Spanien entwickelten sich mit solcher Schnelligkeit. In zahlreichen Orten manifestieren die Arbeiter- und Bauernmassen ihren Unwillen und ihre Unzufriedenheit mit der Diktatur Berenguers. In Cadix wird der Generalstreik fortgesetzt, auch die Zeitungen sind am Erscheinen verhindert. In Andalusien vertiefte sich die Erregung unter der Arbeiterschaft und erfasst immer größere Massen. In Albo, in der Provinz Almeria, haben tausende Landarbeiter und Kleinbauern in großen Demonstrationen Brot und Arbeit verlangt. In Lorca haben die meisten Geschäfte aus Angst vor Unruhen geschlossen, in Valencia hat die Erregung unter den Arbeitern der Hüttenwerke die größte Beunruhigung der Behörden hervorgerufen. Die Regierung ist gegenüber den wachsenden Schwierigkeiten ratlos, sie steigert die Verfolgungen gegen die Arbeiter; es verlautet, daß die eingekerkerten Kommunisten in Madrid am Sonnabend in den Hungerstreik getreten sind.

In dieser Stunde der wachsenden Krise hat die A. S. Spaniens ein Manifest an die Arbeiterschaft herausgegeben und sie zum entschlossenen Kampf für folgende Forderungen aufgerufen: Für eine allgemeine Lohnherabsetzung für den sechsstündigen Arbeitstag der Industriearbeiter, für den Sechstundentag der Bergarbeiter und Jugendlichen! Für die Einführung einer sozialen Versicherung auf Kosten des Unternehmertums und des Staates! Für die unmittelbare Enteignung aller Großgrundbesitzer und der katholischen Kirche! Abschaffung aller kirchlichen Vorrechte, Ausweisung der religiösen Orden! Volle Selbständigkeit der nationalen Kinderheilen in Katalonien und im Baskenland bis zur Lösung von Spanien! Räumung Marokkos und sämtlicher Kolonien! Für den Sturz der Monarchie und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung!

Französische und deutsche Arbeiter siegen vereint

Paris, 16. Februar. Bei den Neubauten der Kolonialausstellung in Paris haben die einheimischen und deutschen Bauarbeiter in gemeinsamer Einheitsfront nach einem eintägigen Streik eine Lohnzulage von 8% Franken täglich erkämpft.

Der Vertreter der reformistischen Gewerkschaft tat alles, um dem Unternehmer zu helfen, er schlug auch ein saules Kompromiß vor, aber die Arbeiter hielten an den Forderungen fest und siegten. Dieser Kampf hat in Frankreich, wo es Millionen ausländische Arbeiter gibt und wie sowohl Unternehmer wie reformistische Gewerkschaftsführer die einheimischen gegen die „fremden“ Arbeiter stets ausspielen, eine ganz besondere Bedeutung.

„Ein Akt der Willkür“

„Zswestija“ zu dem amerikanischen Einfuhrverbot für Sowjetholz.

Moskau, 14. Februar (TASS). „Zswestija“ betrachtet den Ersatz des amerikanischen Schatzsekretärs über das Verbot der Einfuhr von Holz aus Sowjetrußland in Amerika als einen

Akt der Willkür, der sich auf Aussagen einer Persönlichkeit stütze, die angeblich in Archangel „Untersuchungen“ angestellt habe, jedoch, wie der Schatzkanzler erklärt habe, nicht vom Schatzamt anhand worden sei. Das Blatt fährt fort: Wer ist nun diese Persönlichkeit? Nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit, sondern auch die Öffentlichkeit der Sowjetunion ist berechtigt, den Namen jener Persönlichkeit zu erfahren, deren Aussagen für die amerikanische Regierung hinreichten, um dem russisch-amerikanischen Handel eine nSchlag zu verfehen. Wenn es die amerikanische Regierung für möglich hält, diesen Handel aufs Spiel zu setzen, so wird sie sich davon überzeugen, daß unser Heil nicht in Amerika liegt, und wenn die Sowjetunion Amerikas bedarf, so bedarf auch Amerika der Sowjetunion. Das Blatt erinnert dabei an das Dekret der Sowjetregierung über Gegenmaßnahmen gegen Staaten, die für die Einfuhr aus Sowjetrußland besondere Bestimmungen erlassen.

Bei den Ortsverwaltungswahlen in Oberhausen der Sektion Straßenbahner vom Gesamtverband, die zur Ortsverwaltung Duisburg gehört, hat die Opposition die Vorstands-, Generalversammlungs- und auch die Delegiertenfunktionen befeh. Dieser Wahlsieg war nur durch die gute Innere-gewerkschaftliche Arbeit, durch die die Kollegen das Vertrauen zur Opposition gewonnen haben, möglich.

Häuser Essenstäben aus Aluminium, blaue Arbeitshosen und gestrickte wollene Unterzüge ausgekleidet werden!

Erst wenn die neuen Typen von Citroën, Buick und Nash auf dem staubreien Asphalt fahren, wenn gut manikürte Hände aus Pelzärmeln heraus im Schedbuch blättern, wenn die Damen in schönen, glänzenden Kostümen ihre schlanken Rundungen tanzen lassen, wenn die kostbaren, garten Gewebe mit noch kostbareren Edelsteinen geschmückt werden — dann erst wird die Stadt in ihrem richtigen Lichte glänzen.

Ja, nur dafür existiert die ganze kapitalistische Kultur, ihr System, dazu haben ihre Abgeordneten ihre Gesetze geschaffen. Funten fliegen!

Von der Stadt ausgehend verbreitet es sich nach allen Seiten und brennt, wie vom Wind gejagter Heidebrand. Wenn die Abenddämmerung in den Schatten der Berge kriecht, lodert der Brand auf den Felsen, am Bagndamm der Vorstadt Oji. Kinder mit glühenden Baden schlagen mit Stangen das vertrocknete Gras auf dem Damm, daß dürres Heidegras und Schilf zitternd und schwankend, vom Feuer fortgepeitscht, aufflog.

„Gut mal, schon wieder ein voller Wagen“ schrien die Kinder und winkten mit den Händen. Es war auffällig, in wie kurzen Abständen heute die überfüllten Wagen hintereinander kamen.

Die Elektrische fuhr über das Feuer, gegen den Wind stürmend vorbei. Die Wagen waren mit Menschen überladen. Zornige Gesichter — traurige Gesichter — Arbeiterblusen — abgetragene Mäntel — Arbeiterinnen, die Gesichter halb von schwarzen Schals verdeckt.

Die elektrischen Bahnen hielten am Berg; ihre Körper zitterten.

Jedesmal, wenn eine Bahn hielt, stiegen Rufe auf — „Samat!“

Wieder der nächste Wagen — noch einer und noch ein dritter. Alle waren überfüllt und spudten die Massen an der Endstation am Asakajamaberg aus.

Die Kinder machten Trompeten aus ihren Händen und schrien: „Hallo, wohin geht ihr?“, aber die Massen gingen schweigend, als wären sie böse, stiegen den Berg herab und drängten nach der Vorstadt Oji hin. Männer, Frauen und Kinder gingen, als hätten sie alle nichts miteinander zu tun. Scheinbar ohne jede Eile, und überschwebten die Straßen der Stadt, die schon in Abenddämmerung lag. Niemand wachte.

*) Eigentlich 10 000 Jahre; d. h. soll er leben.

wohin. Nur die Hunde mit ihrer scharfen Witterung spürten, daß diese Massen einen gemeinsamen Geruch hatten.

„Was ist da nur los?“ Die Kleinbürger der Vorstadt Nehen ihre fragenden Augen über die Scharen der unbefannten Arbeiter schweifen. Der Polizist an der Eingangstraße telefonierte überfreig an das Polizeiamt.

Aber die Massen ließen ihre Absicht noch nicht erkennen. Mit wachsender Dunkelheit schien sich die Zahl der Arbeiter ungeheuer zu vermehren. Sie gingen mit niedergebückten Köpfen, andere mit hochgehobenen Köpfen, immer zwei oder drei in einer Reihe. Arbeiterblusen — Sweater — Mäntel — Arbeiterinnen, deren schwarze Schals im Wind flatterten.

Auf der Hauptstraße, in den rückwärtigen Gassen, um die Fabriken, im Schatten der Mauer, auf den Schienen für die Handloren, unter den Bergen, vor den Warenläden, auf dem großen Platz der Stadt — sie überschwebten wie eine Flut von Schatten die Asakajamaberge bis an die Ufer des Nisawa — immer mehr — immer mehr.

Die Kleinhändler der Stadt kamen auf die Straße und sagten erstaunt:

„Sie sind anders, als sonst die Leute bei einer Kundgebung.“ Gerade tagte die Protestkundgebung der ausgesperrten Arbeiter der Oji-Papierfabrik in einem Winkel im Osten der Vorstadt. Aber diese Massen kamen von der Endstation der Vorstadtbahn.

Immer mehr stieg die Berwirrung. Die Bewohner der Stadt wurden unruhig.

„Aber ich verstehe das nicht.“

„Sieh, wie finstern und zornig sie alle aussehen“, sagte der Wirt eines Reisweinausgangs zu seinem Nachbarn, einem Ruchenhändler.

„Vielleicht richtet sich ihr Haß gegen die Papierfabrik hier?“

Vollkommene Finsternis senkte sich über den Horizont, die Lampen an den Häusern wurden zahlreicher. Vor dem Berg stand die Oji-Papierfabrik. Acht Straßen gingen, wie die Felder eines Schachbrettes, von ihr aus. In diesen Straßen gab es Kinos, Schulen, Cafés, Kabarets und zahlreiche Lebensmittelläden, die genau dieselbe Rolle spielten wie in der „Straße ohne Sonne“. Sie waren der sehr billige und ärmlische Speise-tisch des Baradenjages, der sich am diese Vorstadt lagerte. Vor dem Tor der Fabrik lag der einzige Platz der Vorstadt mit seinen Cafés, Bars, Bücherläden und Kleingeschäften, die Kulturzentrale dieser Stadt.

Rund um den Erdball

Schnelle Aufklärung des bestialischen Mordes in Brandenburg

Schuhmachergreis mit Beil und Messer ermordet

Ein Schuhmacherehepaar als dringend der Tat verdächtig verhaftet

Brandenburg (Havel), 16. Februar. Eine entsetzliche Mordtat hat sich in der Nacht zum Sonnabend in der Altstadt Brandenburgs ereignet. Dort ist an dem 64jährigen Schuhmachermelster Paul Edert ein geradezu unvorstellbar bestialisches Verbrechen verübt worden. Der Täter ist vermutlich kurz vor Kadenschlag in die Werkstatt Ederts eingedrungen und hat zunächst sein Opfer mit einem Beil niedergeschlagen. Nicht genug damit, hat er außerdem, scheinbar in einem Anfall von Wortschmerz, den Schuhmacher mit einem Messer bearbeitet und ihm die Kehle durchgeschnitten. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft steht das ältere Schuhmacherehepaar Krüger, das mit

dem Ermordeten seit fünf Jahren eng befreundet war. Krüger wurde noch am Sonntag von der Brandenburger Kriminalpolizei auf dem Brandenburger Hauptbahnhof verhaftet.

Mörder betrat als Käufer den Laden

Von unseren Brandenburger Genossen erfahren wir, daß der Ermordete im Hause Bäckerstraße 4 einen kleinen Kellerladen, an den sich eine Wohnung angeschlossen, besaß. Am späten Abend des Sonnabends fanden Nachbarn den alten Mann, in einer Blutlache schwimmend, ermordet auf. Die sofort an-

gestellten Ermittlungen ergaben, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer nicht stattgefunden haben kann. Man vermutet vielmehr, daß der Täter als scheinbar harmloser Kunde das Geschäft betreten hat und dann den Ahnungslosen plötzlich mit einem Beil niederzuschlug, worauf er ihn außerdem noch mit einem auf dem Arbeitstisch liegenden Schustermesser die Kehle durchschnitt.

Wie die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab, muß der Mörder nach seiner Tat geradezu in eine Mordrauer geraten sein, die ihn zwang, immer wieder auf die Leiche einzustechen und einzuschlagen. In der gut eingerichteten 2-Zimmer-Wohnung fand man alles in guter Ordnung. Auch die Schränke und Kommoden wiesen keine Spur auf, daß sie durchwühlt worden waren. Man ist daher geneigt, anzunehmen, daß der Täter sofort nach der Tat in seiner furchtbaren Aufregung geflohen ist, ohne den beabsichtigten Raub auszuführen.

Die ersten Spuren

Der ermordete Schuhmachergreis war, wie sich am Montag herausstellte, nicht unermögelt. Er war sogar im vergangenen Jahre in der Lage gewesen, dem Schuhmacherehepaar Krüger 550 Mark in bar zu leihen. Für dieses Darlehen hatten Krügers ihre Maschinen an ihn verpfändet. Da die Rückzahlung nicht zu dem festgesetzten Termin erfolgte, kam es zwischen Edert und dem Ehepaar Krüger wiederholt zu heftigen Streitigkeiten. Noch am Sonnabendnachmittag hat Edert zu seiner Haushälterin gesagt, daß er noch einmal zu Krüger gehen wolle. Als er zurückkehrte, besand er sich nach den Aussagen der Haushälterin in größter Erregung und Verzweiflung.

Während Frau Krüger bei der polizeilichen Vernehmung weinend beteuerte, daß sie nichts mit der grauenhaften Tat zu tun habe, verwickelte sich ihr Mann in Widersprüche; doch konnte ihm nachgewiesen werden, daß er kurz vor der Tat in Ederts Kellerladen gewesen war. Er will aber im allerbesten Einverständnis mit Edert die Werkstatt verlassen haben.

Probearm in französischen Betrieben

Heute noch Kunstseide — morgen bereits
Mordwaffenfabrikation

Paris, 16. Februar. In der Umgebung von Lyon, in der sich bekanntlich zahlreiche Kunstseidefabriken befinden, wurde vor einigen Tagen von den imperialistischen Kriegstreibern eine Probemobilisierung durchgeführt. Innerhalb von 48 Stunden hatte man angeblich die gesamte Herstellung Kunstseidener Produkte zur Massenfabrikation von Mordwaffen umorganisiert.

Wie weiter berichtet wird, soll diese Umstellung, die reibungslos vonstatten ging, einen vollen Erfolg gehabt haben. Die revolutionäre Arbeiterschaft, speziell diejenige in der chemischen Industrie, hat mit verdoppelter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß die Rechnung der imperialistischen Kriegstreiber ohne den Wirt, also ohne die Chemiewerker, gemacht wird.

Zür 1000 Mark Gutshof in Brand gesteckt

Durch anonymen Brief jetzt aufgeklärt

Frankfurt a. O., 16. Februar. Ende Januar d. J. war auf dem Gut Inkenstein bei Königsberg i. Neumark ein Feuer ausgebrochen, dem ein Stall und ein Teil des Viehes zum Opfer fielen. Nunmehr gelang es, als Brandstifter einen Händler Forste aus Königsberg in Neumark festzunehmen, der von dem Eigentümer des Gutes beauftragt worden war, das Feuer anzulegen. Als Preis für die Brandstiftung hatte er einen Wechsel über 1000 Mark erhalten.

Die Aufklärung dieses Verbrechens gelang durch einen anonymen Brief, den ein Verwandter des Händlers Forste dem Gutbesitzer geschrieben hatte und in dem er ihm unter Andeutung auf die Brandstiftung zwischen den Zeilen zu verstehen gab, daß er für zwei Meter Holz doch keine Entschädigung zu zahlen brauche.

50 Millionen Arbeitslose

150 Millionen Menschen hungern

Eine leicht verständliche Massenbroschüre, die aufklärt über die

Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Staaten, Faschismus und Arbeitslosigkeit, Sozialfaschisten und Weiterverbreitung der Arbeitslosigkeit, Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

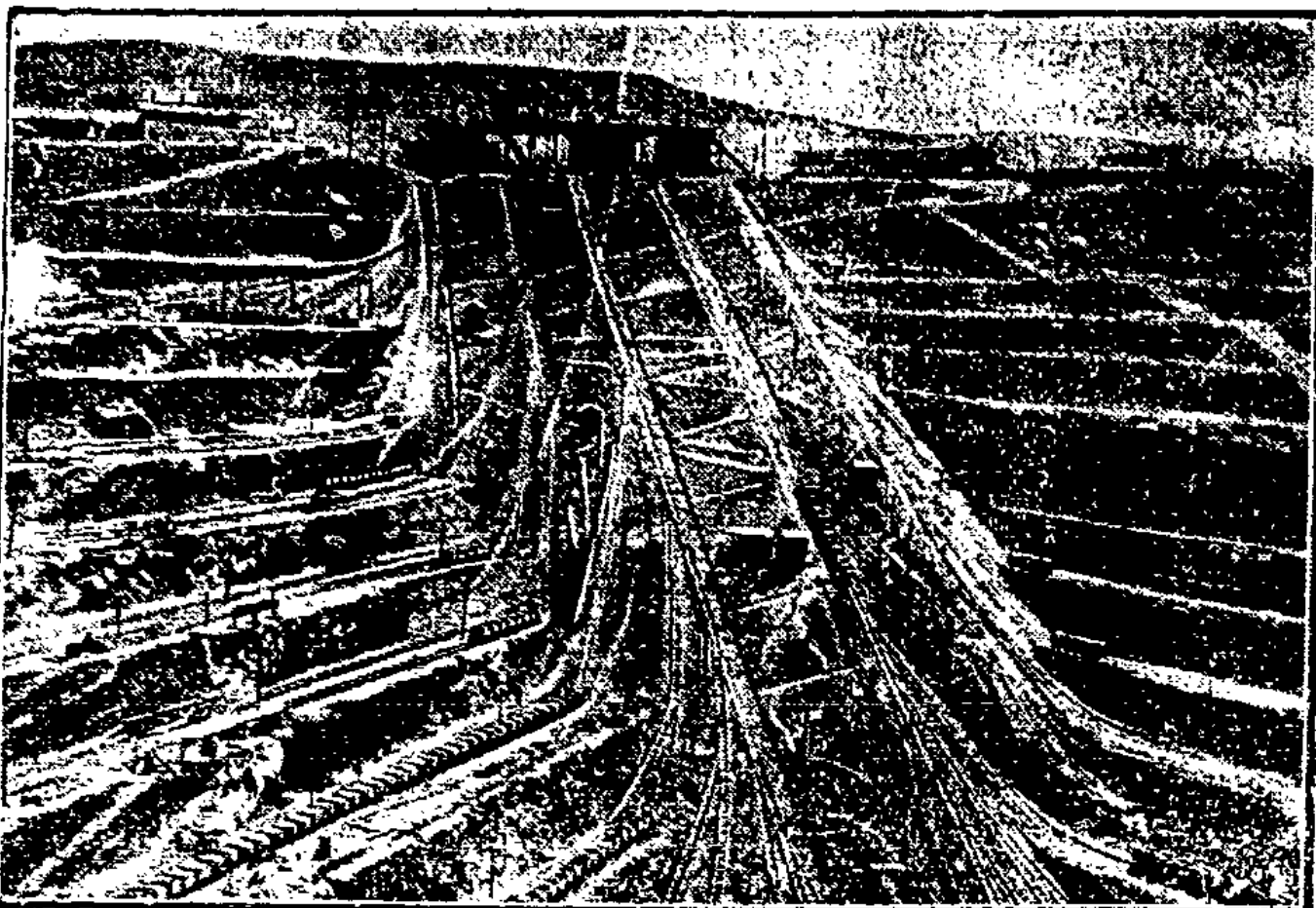
24 Seiten. Preis 10 Pf. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin. Erhältlich durch jeden Litobmann.

Statt einer Antwort übergab der Gutbesitzer diesen Brief der Polizei, deren Ermittlung einen Erfolg hatte, wie es sich der Gutbesitzer jedoch nicht hatte träumen lassen. Er mit samt Forste waren wegen Brandstiftung verhaftet.

200 Millionen Sachschaden in Neuseeland

Eine Tagung der Architekten in Wellington in Neuseeland schätzt die Erdbeschäden an Wohn- und Geschäftshäusern in den zerstörten Städten Hastings und Napier auf 200 Millionen Reichsmark. In dieser Summe seien die Schäden an Borträgen aller Art, an Möbeln, Maschinen usw. noch nicht enthalten.

3000 Kumpels im Schacht ermordet?



Die Fushun-Kohlengrube in der Mandschurei, in der durch eine Explosion die gesamte Belegschaft von 3000 Mann von der Außenwelt abgeschnitten und so getötet wurde, gehört mit einer Tagesleistung von 17 000 Tonnen zu den für die Kohlenbarone ertragreichsten Gruben der Erde. Nach chinesischen Pressemeldungen sollen die Bergleute durch die verbrecherische Schuld der Direktion umgekommen sein, die rücksichtslos die Schließung des Schachtes anordnete, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Angeblich soll sofort eine Untersuchung dieses ungeheuren Verbrechens eingeleitet sein.

Die korrupten uniformierten Kettenhunde des USA.-Kapitals

Schulleute mit 200 000 Dollar Bantguthaben

Curuswohnungen und -autos erhalten die gute Laune im Kampf gegen die Hungernden

New York, 16. Februar. Gerichtliche Nachforschungen haben jetzt ergeben, daß eine große Anzahl New Yorker Schulleute, die nicht mehr als 2000 Dollar Jahresgehalt für ihre Knüppeldienste gegen rebellierende Arbeitslose haben, im Besitz von äußerst luxuriösen Wohnungen, unverhältnismäßig teuren Autos sind und Bankkonten besitzen, die sie unmöglich vor ihrem Jahresgehalt ersparen konnten.

Tatsächlich ergaben die Nachfragen bei allen New Yorker Bankgeschäften, daß sich dort zahlreiche einfache Schulleute Depots in Höhe bis zu 200 000 Dollar angelegt haben. Da es selbst für das korrupte Amerika einleuchtend ist, daß diese riesigen Summen nicht Spargroschen der Schulleute sein können, vermutet man, daß diese Gelder von Bestechungen herühren. Tatsächlich jammert nunmehr die amerikanische Presse,

die natürlich ihr gerüttelt Maß Schuld an diesen Korruptionszuständen hat, heuchlerisch, daß man sich bei den New Yorker Schulleuten durch die nötigen Schmiergelder von jeder Verhaftung und Verfolgung loskaufen kann. Angeblich wollen die Stadtväter New Yorks diesen neuesten Diebstahl zum Anlaß nehmen, endlich eine „Reform“ der ganzen städtischen Verwaltung vorzunehmen.

Diese bereits nach jenem neuenthüllten Korruptionsfall zur Verhütung der Öffentlichkeit ausgesprochene „Reform“ wird der New Yorker Verbrechenwelt und der vielfach mit ihr im Bunde stehenden Polizei weiter keine Sorgen machen. Und auch wir sind der Meinung, daß sie ohne Sorgen sein können, denn so lange die durch und durch korrupte amerikanische Ausbeuterklasse die Macht hat, wird dieser Zustand nicht gereinigt werden können.

Zurchtbares Brandunglück in Peru

Sehn Feuerwehrleute bei lebendigem Leibe
verbrannt

Lima, 16. Februar. Eine entsetzliche Brandkatastrophe ereignete sich im Zentrum der peruanischen Hauptstadt Lima. Ein in Brand geratenes mehrstöckiges Haus stürzte plötzlich während der Löscharbeiten ein und begrub zahlreiche Feuerwehrleute unter den Trümmern. Während zehn davon bei lebendigem Leibe verbrannten, konnten vier, allerdings mit schweren Brandwunden, im letzten Augenblick noch aus den Trümmern hervorgezogen werden.

Der Postraub auf der Rheinwerferbahn Köln

2 Jahre Gefängnis für 6000 Mark

Köln, den 15. Februar. Der aufsehenerregende Postdiebstahl auf der Rheinwerferbahn Köln-Bonn im September vorigen Jahres hat jetzt sein gerichtliches Nachspiel gefunden. Der Arbeiter Heilmann Hartstein hatte bekanntlich den bei der Rheinwerferbahn dienenden Postbegleiter durch eine gefälschte Dienstausweisung abbetelt und selbst den Postbegleiter gespielt.

Er begleitete den fraglichen Zug nach Bonn, erledigte unterwegs auf den einzelnen Stationen ordnungsmäßig den Postdienst, um bei der Rückfahrt kurz vor der Endhaltestelle unter Mitnahme von 6000 Mark zu verschwinden. Als man Hartstein nach längerer Zeit verhaftet hatte, führte die weiteste Spur zu dem Postschaffner Helmuth Frisch, zu dessen Onkel Karl Frisch und zu dem Schreiner Franz Komus. Helmuth

Frisch, der von seinem Onkel zu der Tat angestiftet worden ist, war mit den Verhältnissen auf der Rheinwerferbahn vertraut und konnte so Hartstein genaue Anweisungen geben. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte Hartstein zu zwei Jahren Gefängnis, Karl Frisch zu einem Jahr Gefängnis und Komus zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Das Verfahren gegen Helmuth Frisch wurde abgetrennt.

Leipziger Bankkassierer unterschlägt 200 000 M.

Unter der Beschuldigung, im Laufe der letzten sechs Jahre rund 200 000 Mark unterschlagen zu haben, ist jetzt der Kassierer eines Leipziger Bankhauses verhaftet worden. Der Name des Kassierers und des Bankhauses wird noch geheim gehalten, weil erst festgestellt werden soll, wo das Geld geblieben ist. Der Verhaftete behauptet, daß er aus Gutmütigkeit vielen Darlehenssuchern Gelder ohne genügende Sicherheit gegeben habe.

Von einer Lawine verschüttet

Nach einer Meldung aus Garmisch wurde am Sonntag nachmittag eine vier Mann starke Skiläufergruppe von einer großen Lawine vom Hirschbühl erfaßt und in die Tiefe gerissen. Ein Sportler wurde verschüttet, die übrigen drei sind mit dem Leben davongekommen. Bisher gelang es noch nicht, die Leiche des Verunglückten zu bergen.

Luftakrobatin Leitzel gestorben

Die junge deutsche Luftakrobatin Lillian Leitzel, die, wie wir vor einigen Tagen meldeten, bei einer Vorführung im Kopenhagener Ballhaus „Palencia“ vom Trapez abgestürzt, ist am Sonnabend nachmittag ihren Verletzungen erlegen. Noch am Sonnabend vormittag hieß es, die Künstlerin befände sich auf dem Wege der Besserung. Die Todesursache liegt in innerer Verblutung.

Breslau

Neue Maßnahmen gegen die Bewohner der Baracken, Lange Gasse!

Indirekte Erhöhung der Wohngebühren

Wie noch bekannt sein dürfte, konnte im vergangenen Jahre die Maßnahme des Magistrats auf Erhöhung der Wohngebühren im Übergangshaus Bergstraße und in den Baracken Lange Gasse auf Grund des energischen Vorstoßes der kommunistischen Stadtverordneten und der energischen Abwehrmaßnahmen der Bewohner selbst verhindert werden. Nun beabsichtigt der Magistrat, eine neue indirekte Erhöhung der Wohngebühren bei den Bewohnern der Baracken Lange Gasse vorzunehmen. Er hat an allen Zimmern der Baracken 3 A 5 L für das elektrische Licht anbringen lassen und verlangt die Bezahlung des Lichtverbrauchs jedes einzelnen. Bekanntlich besitzen die dortigen Bewohner einen Mietvertrag, der 10 Mark Wohngebühren vorsieht, einschließlich Lichtverbrauch. Also eine indirekte Mieterhöhung! Diese Neueinführung ist für die dortigen Bewohner um so schmerzlicher, weil der Magistrat bei den Bewohnern im Übergangshaus Bergstraße bei der Einführung eine Senkung der dortigen Mieten um 3 bis 4 Mark vorgenommen hat. Eine Protestversammlung der Bewohner Lange Gasse nahm zu dieser Aktion des Magistrats Stellung und lehnte eine Mehrbezahlung ab. Eine Unter-

schleifensammlung für diese Woche ergab, daß sich von 220 Bewohnern 210 bereit erklärten, den Lichtverbrauch nicht zu bezahlen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wurde beauftragt, sich ihrer anzunehmen. Die kommunistischen Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der aber erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gelangt. Der Antrag besagt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, eine Senkung der Wohngebühren in Höhe des Betrages des berechneten Lichtverbrauches vorzunehmen.“

Es wird sich zeigen, wie der Magistrat diese Maßnahmen begründet und wie sich alle Parteien des Parlaments dazu einstellen. Bei Ablehnung oben gestellten Antrages sind die 210 unterzeichneten Bewohner bereit, den Lichtverbrauch nicht zu bezahlen oder einfach den Lichtverbrauch einzufrieren.

Auch jetzt in den Baracken die Feuchtigkeit wieder sehr ein, so daß den Bewohnern großer Schaden entsteht. Wann denkt der Magistrat auch hier endlich Hilfe zu schaffen?

Und der Wörser, Herr Günther?

In unserer Freilichtausgabe berichteten wir über eine bei unserem Genossen Döring in der Schlegelwerberstraße stattgefundenen Hausdurchsuchung nach verbotener Literatur. Die Wohnung schloß mit dem Genossen Döring, das Döring unter dem Bett stehen hatte, waren die übrigen Kriminalbeamten nicht gefunden. Diese Verurteilung veranlaßte die Anwaltschaft, den Genossen Paul Döring in der Wohnung vorzuladen und von ihm die Herausgabe des Maschinenengewehrs zu fordern. Herr Günther von der IA war verärgert, als Döring in ein schallendes Gelächter ausbrach — denn nur ein Scherzgeschimpf konnte annehmen, daß unser Hinweis auf das nicht vorhandene Maschinengewehr ernst gemeint war. Doch Günther ließ sich nicht beschreiben. Statt ohne Aufsehen zu erregen, die Geschichte nun zu schließen zu lassen, hat er am gestrigen Tage eine Vorladung an unseren Genossen Wiewald geschickt, da in Wiewald der Schreiber der fraglichen Notiz vermutet wird. Wiewald soll nun aussagen, ob Döring das nicht vorhandene Maschinengewehr stehen hatte und ob dieses nicht vorhandene Maschinengewehr später hingekommen ist. Wir können schon jetzt mitteilen, daß Günther von den Aussagen unseres Genossen Wiewald äußerst erfreut sein wird. Wiewald wird ihm nämlich mitteilen, daß unter dem Bett in der Wohnung des Genossen Döring nicht ein, sondern drei (!) Maschinengewehre vorhanden haben, und außerdem war dort auch ein Wörser, fast 30, vorhanden.

Um die Verbilligung der Straßenbahn für Erwerbslose

Kommunisten fordern Ausdehnung auch auf den Omnibusverkehr. Gestern tagte der Ausschuß 8, in dem es eine größere Debatte bei dem Antrag auf Senkung der Straßenbahnfahrpreise für Erwerbslose gab. Der Stadtverordnete Hübella als Magistratsvertreter wandte sich gegen die Ermäßigung, da das Defizit der Straßenbahn jetzt 300 000 Mark beträgt und sich durch eine Ermäßigung noch weiter erhöhen würde. Mit den Stimmen der Kommunisten wurde der Antrag auf Ermäßigung der Straßenbahnfahrpreise für Erwerbslose auf 10 Pfennig beschlossen. Der kommunistische Antrag, die Ermäßigung auch auf die Omnibusse auszudehnen, wurde abgelehnt. Die kommunistische Fraktion wird ihren Antrag nochmals im Plenum stellen.

Der „Grundstein“ heht und lügt

Ein Bauarbeiter schreibt uns: Ich lege eine Nummer des „Grundsteins“, des Wochenblattes des Bauwerksbundes, bei. Ich bin im Bauwerksbund als Maurer organisiert, auch bin ich Mitglied der KPD und Abonnent der „Arbeiter-Zeitung“. In jeder Nummer des „Grundsteins“ ist eine große kommunistische und eine große Arbeiter-Zeitung. Ich habe längst erkannt, daß der „Grundstein“ kein Kampfbild der Organisation, sondern ein großes Heftblatt gegen revolutionär gesinnte Arbeiter. Dies habe ich auch schon dem Bundesvorstand geschrieben. Am 25. Januar sollte eine Maurerverammlung stattfinden. Wir waren etwa 20 Mann erschienen, mußten aber, ohne den Saal betreten zu dürfen, wieder umkehren, da die SPD-Funktionäre eine Versammlung hatten. Unsere Versammlung wurde glatt ohne weitere Bekanntmachung aufgehoben. Als ich Kollegen Schnabel traf und ihn zur Rede stellte, sagte er, es sei in der „Volksmacht“ bekanntgegeben worden. Als ich sagte, daß ich die „Volksmacht“ nicht lese, sagte er mir, Kinder, ihr sollt sie doch alle lesen, ihr bekommt sie doch erzwungen als Arbeitslose.

Wir brauchen der Zuschrift des Kollegen nicht viel hinzuzufügen. Wir wissen, daß es nicht möglich ist, die sozialfaschistische Schrittmacher des „Grundsteins“ von der Verantwortung ihres Tuns zu überheben. Möglicherweise ist es jedoch, daß jeder Kollege nach Kräften zur Aufklärung seiner Arbeitsbrüder beiträgt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stärkt und für den Vertrieß der KPD-Preße Sorge trägt. Je besser und energischer wir das tun, desto näher ist der Tag, an dem der „Grundstein“ sein Erscheinen einstellen wird.

Marxistische Arbeiterschule

Heute 20 Uhr: Esperantokursus. Lokal Hahn, Werderstraße 37. Mittwoch 20 Uhr: Letzter Annehmetermin für den Stenographiekursus (Reichskursus). Lokal Mosler, Uferstraße 20. Zu dem russischen Sprachkursus sind bereits 30 Anmeldungen eingegangen. Weitere Anmeldungen sind an R. Fischer, Markstraße 15, 3. Etage, einzufenden, oder bei den Funktionären der marxistischen Arbeiterschule abzugeben. Ferner ist ein Kursus in Deutsch mit besonderer Berücksichtigung der Aussprache und Rechtschreibung vorgesehen, zu dem Anmeldungen an obige Adresse erfolgen können.

Erwerbslose, heraus!

Die von der Regierung eingesetzte Kommission berätet in Berlin über weitere Verschlechterungen der Erwerbslosenunterstützung. — Erwerbslose, wollt ihr euch das gefallen lassen? Nein! — Betriebsarbeiter, unterstützt den Kampf der Erwerbslosen, denn ihr Kampf ist euer Kampf. — Heraus zu den Protestversammlungen am Mittwoch, dem 18. Februar, um 8 Uhr (3 Uhr nachmittags). Die Versammlungen finden statt:

- „Centralballsaal“, Westendstraße,
- „Bergeller“, Metzschlaustraße,
- „Oderstrom“, Uferstraße (nur für Jugendliche),
- „Katholische“, Sonnenstraße (nur für Frauen).

Erwerbslose Angestellte!

Am Donnerstag, dem 19. Februar, um 10 Uhr, findet im Lokal „Stadt Leipzig“, Uferstraße 2/4, eine Erwerbslosen-Angestellten-Versammlung statt. Es spricht der Stadtverordnete Genosse Zyl La über das Thema: „Ist der Faschismus euer Feind?“ Erwerbslose Angestellte, erscheint vollzählig. Es geht um euer Sein oder Nichtsein!

Der Umtausch der Mitgliedskarten

Im Stadtteil Nord-Ost am Mittwoch von 18 bis 20 Uhr im Lokal Hirsch, Ede Weststraße, im Stadtteil Zentrum am Donnerstag von 10 bis 14 Uhr im „Roten Löwen“, Uferstraße, statt. — Jedes Parteimitglied, das im Besitz einer Mitgliedskarte ist, findet sich zum Umtausch der Karte ein.

Wie kann die Einheitsfront des Jungproletariats verwirklicht werden?

Darüber spricht Genosse Schirde an in öffentlicher Jugendversammlung des kommunistischen Jugendverbandes am Mittwoch, dem 18. Februar, 20 Uhr im „Centralballsaal“, Westendstraße. — Wir fordern die KPD-Mitglieder, Jungsozialisten, KPD-Mitglieder und die Gewerkschaftsjugend zur Diskussion auf. Die Führung der KPD, Jungsozialisten, Gewerkschafts- und Freibergerjugend wird durch Briefe eingeladen werden.

Unser Einfluß auf dem Lande steigt

Die Genossen vom Stadteil Ost mit Unterstützung der Genossen aus Nord veranfaßten am Sonntag einen großartigen Landsonntag in dem Dorfe Stottwig. Es war uns bereits am letzten Donnerstag in einer Versammlung gelungen, dort 13 Mitglieder für die KPD zu werben. Der Sonntag stand im Zeichen der Verbundenheit zwischen Industrie- und Landproletariat. Trotz großer Kälte waren die Genossen zahlreich beteiligt. Wir fuhrten mit zwei Lastautos hinaus und machten eine Werbe-demonstration durch das Dorf. Wir wurden überall begeistert empfangen. Am Schluß der Werbe-demonstration war eine Versammlung, in der weitere 28 Genossen ihren Beitritt zur KPD erklärten. Darunter sind mehrere langjährig in der KPD organisierte Arbeiter.

Es zeigt sich, daß wir auf dem Lande mehr Sympathie haben, als gewöhnlich angenommen wird. Wir werden die neugeschaffene Ortsgruppe tatkräftig unterstützen, damit sie in der kommenden Zeit einen Stützpunkt für Breslau wird.

Auch die Genossen der anderen Stadteile waren am Sonntag auf dem Lande. Auch sie haben einen guten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Die mitgenommenen Zeitungen und Broschüren reichten bei weitem nicht aus, um alle Nachfragen zu befriedigen.

Parole: Die geschaffenen Stützpunkte besetzen und neue schaffen!

Arbeiter-sport

Sportvereinigung Nord-Ost O.S.V.

Abteilung Ohlauer Tor

Dienstag, den 17. Februar, müssen alle Sportler, welche die schwedischen Gewichtübungen und Seilübungen für unser Saal-sportfest machen, in der Oester Turnhalle sein. Beginn 19.30 Uhr. Der Hallenleiter.

Donnerstag, den 19. Februar, Abt. „Ohlauer Tor“, Turnhalle Brodauer Straße, 19.30 Uhr, Retourkampf im Ringen: Ohlauer Tor gegen Ddort. Es stehen sich folgende Genossen gegenüber: Schenke H., Ohlauer Tor — Thomas, Ddort; Bachmann A., Ohlauer Tor — Subirre, Ddort; Partsch, Ohlauer Tor — Hüße, Ddort; Wunderlich, Ohlauer Tor — Jahn, Ddort; Schmitz C., Ohlauer Tor — Kuhn, Ddort; Fülle H., Ohlauer Tor — Borowski, Ddort; Giranil J., Ohlauer Tor — Glatte, Ddort. — Im Stemen werden die Gebrüder Schmitz H. und C. sowie Wunderlich W. ihre Leistungen zeigen. Vor dem Ringen findet noch eine Jiu-Jitsu-Demonstration statt. Eintritt frei. Freunde und Gönner des Arbeitersports gern gesehen. Erscheint in Massen. — Am Donnerstag alles in die Brodauer Turnhalle. Die Turnhalle ist geheizt.

Fußball in Brien

Am Sonntag trennten sich „Hertha“ und „SB.“ nach erbittertem Kampfe mit 1:1. Das Spiel hatte bei idealem Sportwetter zahlreiche Zuschauer angelockt. Weitere Resultate: SB. Jgd. gegen Strehlen Jgd. 6:2, SB. II — Hertha II 2:2. Bei dem Spiel der zweiten Mannschaften zeigte es sich, daß diese der ersten Klasse fast nichts nachgeben. Die zweite Klasse sowie die Jugend beginnen die Serie schon am 1. März. Der Meister der zweiten Klasse spielt dann gegen den Meister der ersten Klasse um die Bezirksmeisterschaft in zwei Spielen.

„Freie Sportfreunde“ Waldenburg — „Freie Turner“ Königszell 5:3 (3:2)

Das Spiel wurde vor etwa 4000 Zuschauern flott durchgeführt. Waldenburg ging nach ungefähr zehn Minuten in Führung. Königszell konnte ein paar Minuten später ausgleichen. Nun war das Spiel offen und man konnte durch das Führungstor der Turner eine kleine Ueberlegenheit bemerken. Waldenburg konnte aber ausgleichen, und zwei Minuten später mit 3:2 führen. — In der zweiten Halbzeit konnte man eine Ueberlegenheit der Waldenburger feststellen, aber trotzdem gelang es den „Turnern“, auszugleichen. Nun fing das Publikum an, die Entscheidungen zu treffen, und der Schiedsrichter (welcher die erste Halbzeit gut war), brauchte nur zu pfeifen. Nachdem der Schiedsrichter noch zwei unerschlagte Eismeter für Waldenburg entschieden hatte, fand das Spiel sein Ende, und Waldenburg konnte als Sieger den Platz als Kreismeister verlassen.

„Freie Sportfreunde“ Waldenburg 1. Jgd. — „Freie Turner“ Königszell 1. Jgd. 3:2

Sportvereinigung Nord-Ost. Jiu-Jitsu. Dienstag Pflichttraining! Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht!

Arbeiter-Athletenbund Breslau. Sonntag, den 1. März d. J., von 9 bis 12 Uhr, findet in der Sauerbrunn-Turnhalle, Pordschule, die 1. Uebungsstunde in Leichtathletik, Kampfsportprüfung und Kraft-Freilübungen statt. Sämtliche Vereinsportwarte der Männer-

Frauen und Kinder haben zu erscheinen, außerdem hat jeder Verein vier Kinder und interessierte Mitglieder zu entsenden. Eintritt frei.

Alle Jugend- und Parteigenossen, welche Fußball spielen wollen, erscheinen am Mittwoch, dem 18. Februar, im Lokal von Karl Salomon, Rosenstraße, zur Gründungsversammlung des Arbeiter-Sportvereins Kanal, Abteilung Nord.

Ohlau

Ein voreiliges Siegesgeschrei der „Volkszeitung“

Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ weiß von einer Niederlage der kommunistischen Gewerkschaftsopposition zu berichten. Nachdem wir zu der Angelegenheit bereits am 9. Februar Stellung genommen haben, sei ergänzend folgendes gesagt: Die Sozialfaschisten haben die Vorstandswahl bei den Metallarbeitern nur deshalb angefochten, weil die Kollegen einen oppositionellen Vorstand gewählt hatten. Die Versammlung, in der die Neuwahl vorgenommen wurde, wurde so vorbereitet, daß man von einer tatsächlichen Niederlage der Opposition schlecht reden kann. Zur Unterstützung des Ohlauer Bänderleins wurde ein Oberbörze aus Breslau geholt. Aber trotz alledem: die Opposition ist immer noch im Ortsrat vertreten und wird nach wie vor, und zwar mit noch größerer Energie, mit noch größerer Zielklarheit, ihre Tätigkeit fortsetzen.

Varieté Wappenhof! Das zweite Februar-Programm bringt eine Reihe erster Varieté-Neuheiten. Die Nachmittagsvorstellungen beginnen täglich (außer Sonnabent) ab 16 Uhr. Heute ab 20 Uhr großer Faschingsball mit dem ungefüzten Varieté-Programm.



Heute
Dienstag, 8 Uhr
Fastnachtsball
mit dem vollständigen
Varietéprogramm

Stadttheater
Schweidnitz
Dir.: Paul Richter

Dienstag, 17. Febr.
abends 8 Uhr

Ehrenabend
Herbert Schubert

Die Königin der Luft

Mittwoch, 18. Febr.
nachm. 7-8 Uhr

Richtenbrödel

Donnerstag, 19. Febr.
abends 8 Uhr

Nanon, die Wirtin
z. goldenen Lamm

Freitag, 20. Februar
abends 8 Uhr

Die Journalisten

Sonntag, 22. Februar
nachm. 7-8 Uhr

Sturm
im Wallerglas

abends 7,8 Uhr

Nanon, die Wirtin
z. goldenen Lamm



Heute, ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonnabend)

Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem neuen Februar-Programm

2 Laforte, sensationeller Balanceakt,
Oswina, mexikanisch Antipodenspiele,
Valerio Lange, Jongleuse, Anna Petrowa
u. ihr Ballett, Gretel v. Walden, Meister-
Humoristin, Ermak-Quartett, russischer
Kunstgesang, 3 Dales, hervorragender
Musikalakt, 4 Wallastons, Keulen-Jong-
leuse, Wappenhofwoche

Eintritt 30 Pfg. Ab 8 Uhr:

Großer Faschings-Ball
in allen Sälen

3 Kapellen u. das ungekürzte Varieté-
Programm.

Vor Einkauf von
Möbeln u. Stühlen
aller Art

vom einfachsten bis zum ge-
diegensten Genre besichtigen
Sie bitte völlig unverbindlich
unser reichhaltig. Fabriklager
Sie werden dort bestens und
billigst bedient. Teilz. gestattet.

Biener & Dührig, Breslau

Stühle u. Möbel en detail, engros
Geschäft: Mathiasstr. 107
Fabriklager: Weinbergsweg 18/20

Zwei Linden
Görlitz-West

Vergessen Sie nicht den

Zillu-Ball
Kiberos u. d. Anschlagkulan

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Kollweber, St. d. C., Breslau. — Red. u. Verlagsamt: Rast. 100, Berlin.

Waldenburger Bergland

Heraus zur Funktionärkonferenz!

Große Funktionärkonferenz am Dienstag, dem 17. Februar, 10 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Altwasser. Jeder Funktionär muß erscheinen. Referent Genosse Wolfweber.

Kumpels Los — verschüttet!

Auf dem Julius-Schacht verunglückte der Schlepper Paul Grebe aus Waldenburg-Altwasser. Er wurde bei der Arbeit unter Tage verschüttet und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Der Fall war 26 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern.

Freiburg

Volkbund für Winterschutz und Sozialhygiene Freiburg
Vertrauenskrise der Medizin — Das Kindersterben in Lübeck — Carcinomfreiheit oder Kampf gegen das Kurpfuschertum — Arbeitslosigkeit, ein Problem der Volksgesundheit — das ist das Thema, welches Reichstagsabgeordneter Dr. med. Julius Wölke-Berlin in der großen öffentlichen Kundgebung am Mittwoch, dem 18. Februar, im Gesellschaftshaus Freiburg behandeln wird. Anfang Punkt 20 Uhr. Eintritt für Gäste 25 Pf., Mitglieder und Erwerbslose 15 Pf. — Krankenlastenfunktionäre, Gewerkschaftsangehörige und Mitglieder der Arbeiter-Sportvereine, besucht in Massen diese Kundgebung. Dazu fordern auch auf: Der Vorstand des Arbeiter-Bildungsausschusses und des Gewerkschaftsstellens.

Schweidnitz

Stadttheater Schweidnitz, Dienstag um 20 Uhr Ehrenabend für den 1. Komiker Herbert Schug in der Schwanoperette „Die Königin der Zeit“. — Mittwoch um 18.30 Uhr Märchenoperette „Mehnen-Heidel“. — Donnerstag 20 Uhr die klassische Operette „Manon, die Witvin zum goldenen Lamm“. — Freitag Erstaufführung des klassischen Lustspiels von Gustav Freytag „Die Journalisten“. — Sonntag 18.30 Uhr das Quittspiel „Sturm im Wasserglas“. Um 19.30 Uhr „Manon, die Witvin zum goldenen Lamm“.

Mohlenfriedeberg

Ein Pfaffe als Rußlandheker

Da in letzter Zeit an allen Orten wieder mit Hochdruck gegen die Kommunisten gekämpft wird, glaubte auch der hiesige reaktionäre Pastor Seifert, eine solche Hege kuzeneren zu müssen. Er berief eine Versammlung seiner Gläubigen ein, in welcher angeblich über Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und Wohnungselend gesprochen werden sollte. In der Versammlung stellte sich aber bald heraus, daß es dem Pfaffen nicht darum zu tun war, irgend etwas zur Behebung der Arbeitslosigkeit oder über die Wirtschaftslage zu sagen, sondern daß es ihm nur darum ging, eine Hege gegen Rußland vom Stapel zu lassen. Er wärmte alle berücksichtigten Märchen über die Sowjetunion auf, während er von der wirklichen Not in Deutschland nichts zu wissen schien. In der Diskussion nahm einer unserer Genossen Ver-

anlassung, diesem heberischen Pfaffen die Maske vom Gesicht zu reißen. An Hand von Beweisen zeigte unser Genosse, daß, wenn er etwas gegen Not und Hunger tun will, wozu er allen Grund und Ursache hätte, er sich dann nicht um Rußland bekümmern sollte, sondern in seiner eigenen Umgebung. Das war dem Pfaffen natürlich sehr unangenehm, aber etwas dagegen zu sagen, dazu war er nicht imstande.

Sirlegau

Die Erwerbslosen erwachen!

Dem Rufe des Erwerbslosenausschusses waren dieser Tage die hiesigen Erwerbslosen in so großer Zahl gefolgt, daß nicht nur der Saal überfüllt war, sondern daß ein Teil sogar wieder um-kehren mußte, weil kein Platz mehr im Saale zu haben war. Als Referent war Genosse Hennig aus Schweidnitz erschienen, der unter allgemeiner Zustimmung zunächst die Lage der Arbeiterklasse schilderte, um dann den Erwerbslosen zu zeigen, daß erneut eine weitgehende Verschlechterung der Erwerbslosenverhältnisse in die Wege geleitet sei. Dann sprach er die Verhältnisse der Sowjetunion, wo im Gegensatz zu allen anderen kapitalistischen Ländern die Erwerbslosigkeit verschwindet und auch die allgemeine Lage der Arbeiterklasse sich immer mehr verbessert. Genosse Hennig sagte daher den Erwerbslosen, daß, wenn sie nicht vollständig verzweifeln wollen, sie den Kampf gegen die Kapitalisten aufnehmen müssen, den die russischen Arbeiter gegangen sind. Nachdem er noch zum Schluß auf den 25. Februar verwies und zu zahlreicher Beteiligung an dem Aufmarsch für diesen Tag aufgefordert hatte, schloß er sein Referat unter starkem Beifall der versammelten Erwerbslosen. An den Vortag schloß sich eine Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Es wurde u. a. bekanntgegeben, daß eine Anzahl Arbeiter die Anlagenschrift aus Schweidnitz bekommen haben, wegen dem Zusammenstoß mit den Nazis im August 1930. In dieser Anlagenschrift wird als Zeuge auch der Oberlandjäger Durjan aufgeführt, der sich sonst immer so arbeiterfreundlich gebärde. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit großer Entrüstung und mit zahlreichen Hui-Rufen aufgenommen.

Im Schlußwort nahm Genosse Hennig noch einmal die Gelegenheit wahr, an Hand der Wahlversprechungen sowohl die Nazis als auch alle übrigen Parteien bis zur SPD zu entlarven. Als Ergebnis der Versammlung ließen sich 15 anwesende Erwerbslose in den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen.

Auf dich kommt es jetzt an!

Die braunen Mordbanditen werden täglich frecher. Soll der Kampf gegen den Faschismus der weiteren Verfeuchung durch diese Pest Einsicht gebieten, muß jeder einzeln seine Pflicht tun. Auf jeden kommt es an!

Niederschlesien

Das Ende eines üblen Kriechers

Mildes Urteil gegen einen frommen Betrüger

Görlitz. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich dieser Tage wegen Betruges der „Kaufmann“ und „Druckereibesitzer“ Paul Weis zu verantworten, weil er einen anderen Kaufmann um 7000 Mark geschädigt hatte. Trotz der hohen Summe, um die dieser Betrüger in ganz gemeiner Weise einen anderen gebracht hatte, beantragte der Staatsanwalt nur zwei Monate Gefängnis gegen ihn, und das Gericht, das manchen armen Teufel wegen ein paar lumpiger Pfennige ins Gefängnis wirft, verhängte über diesen Betrüger gar nur eine Geldstrafe von 150 Mark. Dieses milde Urteil wird allerdings verständlich, wenn man die Lebensgeschichte dieses Betrügers näher kennt, und wir halten es zur Charakteristik der Justiz sowohl als auch des Betrügers für angebracht, die Geschichte auch unseren Lesern nicht vorzuenthalten.

Wer ist dieser von der Justiz so milde beurteilte Betrüger Weis? Nun, dieser Herr ist den Arbeitern nicht ganz unbekannt, wenn auch unglücklich in der Vergangenheit geraten. Es war im Frühjahr 1926, da wurde er in der Zeitung bekannt, als bei den „Görlitzer Nachrichten“ ein Streik ausgeschrieben war. Weis hatte es als gut gewählter Schriftsteller durch eine große Uebung im Falschschreiben und Verschleißen zum Geschäftsführer einer mittleren Druckerei gebracht. Seine vorerwähnten Eigenschaften verschafften ihm Protektion, und so kroch er sich bis zum Direktor der „Görlitzer Nachrichten“ hinauf.

Dieser „Aufstieg“, der ihn auch in den Besitz einer Eichenkammerwohnung brachte, mit dem damit verbundenen hohen Gehalt, machte ihn großmütig, und er fing an, in Erfüllung seiner Verantwortlichkeit versorgende Arbeiter aus Straßenpflaster zu werfen. Auch hier hatte er sich übernommen. Es kam zum Streik, und da sich außerdem seine technische und kaufmännische Unfähigkeit herausgestellt hatte, war es mit seiner durch Verschleißerei erworbenen Herrschaft vorbei, und er mußte sogar, nachdem er monatelang der Arbeiterklasse auf dem Haie gelegen hatte, auch die Stempelabdrücke kennen lernen. Dann eröffnete er eine neue kleine Druckerei, der er wohlwollend zur leichteren Erlangung von Darlehen (im Pumpen hat Weis immer etwas los), den hochtrabenden Namen verlieh: „Görlitzer Industrie- und Gewerbedruckerei“. Da er nicht viel vom Geschäft verstand und er in der Hauptsache diese Unfähigkeit durch Schlanderpreise ausgleichen wollte, ging es mit seinem neuen „Aufstieg“ bald wieder runter und der Fleißige hielt bei ihm Einzug. In dieser Lage hatte er auch einen Kaufmann um 7000 Mark angepöppelt, unter der falschen Vorpiegelung, die Druckerei sei vollständig sein, während es in Wirklichkeit nicht der Fall war. Nachdem er nun in Konkurs geraten war, ist natürlich auch der Kaufmann um seine 7000 Mark gekommen, weil die Druckereieinrichtung zum größten Teil noch Eigentum der Firma war, von der Weis die Sachen bezogen hatte. Jetzt hand dieser laubere christliche, zum Direktor heraufgekrochene Schriftsteller dieserhalb vor dem Gericht, fand aber wegen seiner „verdienstvollen“ Vergangenheit die Milde der Justiz, die sich in dem eingangs erwähnten Urteil ausdrückt.

Nach diesem „anrüchlichen“ Ende war er von hier nach Bremen abgehauen. Dort lag er aber auch bald wieder, wegen dem Wiederbruch, der zwischen seinen Leistungen und seinem Maul bestand, und jetzt ist er dort gelandet, wo er einmal angefangen. Er ist wieder wie ein einfacher „christlicher“ Geizhals, und zwar arbeitet er in der

Papierwarenfabrik Jäschke in der Kränzelstraße. Aber da er seine Direktorenherrlichkeit noch immer nicht vergessen kann, schimpft er sich, trotzdem in dem Betrieb nur zwei Mann Buchdruckpersonal beschäftigt sind, stolz „Betriebsleiter“.

Das ist die Geschichte eines elenden Strebers, der zwar den besten Willen hatte, ein auherordentlich „nützliches“ Glied der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, aber außer der Fähigkeit zum Falschschreiben gar zu wenig einzusetzen hatte.

Görlitz

An alle Parteimitglieder und Genossen der befreundeten Organisationen!

Mittwoch, den 18. Februar, 20 Uhr, kombinierte Versammlung im Lokal „Felsenkeller“. Berlagsleiter Genosse Gansdorf spricht über:

„Unsere Presse als Kampforgan gegen Faschismus und Werbekampagne für die kommunistische Presse.“

Erscheinen aller Mitglieder und Sympathisierenden ist unbedingt erforderlich.

In Autos faschistischer Unternehmer „kämpft“ die SPD. gegen den Faschismus

Grünberg. A. R. Wie überall, begrüßt die gesamte Arbeiterschaft das Zerschlagen der Kommunisten und des Kampfbundes gegen den Faschismus. Auch die SPD-Arbeiter freuen sich darüber, weil ja nicht ihre Führer, aber sie von der Nordpest ebenso bedroht sind, wie die SPD-Arbeiter. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß die SPD-Führer ihre Positionen bedroht fühlen, weil sich die Arbeiter von ihnen abwenden. Sie sehen sich daher gezwungen, ebenfalls „so zu tun“, als ob sie auch gegen den Faschismus kämpfen würden. Das ist auch im Kreise Grünberg so, und so leiteten sie eine Versammlungskampagne ein. Die faschistischen Unternehmer stellten ihnen dafür ihre Autos zur Verfügung und nun geht es los damit, à la Goebbels, der ja auch mit dem Mercedes-Auto der Kapitalisten durchs Land rast. Den faschistischen Autos sind dann auch die angeblichen „Kampf-“

Aus der Partei

Abschaffung der Mitgliedskarten

Auf Anweisung des Zentral-Komitees der Partei werden von jetzt ab gleich Mitgliedsbücher für die Neuzutretenden ausgegeben. Denjenigen Parteimitgliedern, die erst im Laufe des letzten Jahres eingetreten sind und daher noch Mitgliedskarten besitzen, werden ihre Mitgliedskarten in der Zeit vom 15. Februar bis zum 15. März umgetauscht. Ein Umtausch der Karten erfolgt allerdings nur dann, wenn die Beiträge, einschließlich der internationalen, richtig entrichtet sind. Nähere Anweisungen erfolgen durch die Ortsgruppenleitungen. Jedes Mitglied, das noch im Besitze einer Mitgliedskarte ist, hält seine Karte in den nächsten Tagen zum Umtausch bereit.

Die Mitgliedskarten verlieren am 1. April 1931 ihre Gültigkeit.

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Grünberg

Achtung, Erwerbslosenversammlung!

Dienstag, den 17. Februar, 15 Uhr, im „Goldenen Frieden“ Erwerbslosenversammlung. Wahl eines Stadt- und Kreis-Erwerbslosenausschusses.

Haynau

Das Verlobtendrama von Haynau

Sie wollten gemeinsam aus dem Leben scheiden

Die Ermittlungen durch die Beamten der Landeskriminalpolizei und der Polizeiverwaltung in Haynau haben bisher, wie amtlich mitgeteilt wird, folgendes ergeben: Böttger hatte sich mit der Hilka Scholz gegen den Willen beider Eltern am 8. Februar verlobt. Die Eltern waren gegen die Verlobung, weil beide noch zu jung waren. Nach Schilderung des Böttger war er mit der Scholz nach Besuch des Kinés auf den Boden des Hauses, in dem er wohnte, gegangen; sie hatten dort von 1 Uhr nachts bis 7 Uhr auf einem Strohsack gesessen. Nach Scholz soll zu wiederholten Malen den Böttger aufgefordert haben, sie zu erschließen. Böttger will die Nacht hindurch mit sich gekämpft und das Tösching dann gegen 7 Uhr zwischen sich und die Scholz gelegt haben. Er hatte seine Braut umfaßt. Dabei soll das Mädchen das Tösching genommen und gegen seine Braut gerichtet haben. Böttger will dann seine Braut losgelassen und ihre Hand um'acht haben; in diesem Augenblick soll der Schuß losgegangen sein. Daß beide aus dem Leben scheiden wollten, lassen die am Tatort vorgefundene ymoite Patronen sowie die Aussagen des Böttger wahrscheinlich erscheinen. Allem Anschein nach hatte aber Böttger den Mut dazu verloren. Er ist nach der richterlichen Vernehmung in Haynau der Staatsanwaltschaft Plegnitz zugeführt worden. Das Amtsgericht Haynau hat gegen Böttger Haftbefehl wegen Totschlags erlassen.

Bunzlau

Nazi-Aufmarsch eine Pleite!

Zu einem täglichen Aufmarsch gestaltete sich die Parade, die gestern hier abgehalten wurde. 2500 Mann waren angefragt, und ungefähr 250 Mann marschierten mit Musik (Stadtblaese), ausreißend geschützt von der Severing-Polizei, durch die Straßen. Über auch der starke Polizeischutz konnte nicht verhindern, daß die Arbeiterschaft die Gesellschaft durch entsprechende Zwischenrufe „dokrückte“. Die Teilnahme der übrigen Bevölkerung war nur gering, mit Ausnahme einiger Geschäftsleute, von denen wir besonders den Konfektionär Greinert in der Hofstraße hervorheben möchten, ebenso die Zongruben- und Ziegeleibesitzer Wirlichsen und jun. Herr Greinert möchte wahrscheinlich mit seiner Nazifreundschaft die etwas weniger nationale Rolle vergessen machen, die er als „tapferer Heimkrieger“ während des Weltkrieges gespielt hat. Er war Wählerkontrollleur und hatte es so „schwer“, für seine Familie zu sorgen, daß alle 14 Tage regelmäßig ein zwei Zentner schwerer Reisefloß mit Lebensmitteln nach Hause transportiert werden mußte. Außerdem zahlte er den Arbeitern für diesen Transport einen richtigen Hungerlohn. Wenn Greinert jetzt wieder den Patriotismus markiert, so ist es wahrscheinlich die Sehnsucht nach einem ähnlicher Heimkrieg, wie er ihn von 1914 bis 1918 geführt hat. Die Arbeiter sollten sich das zur Notiz nehmen und ihre Groschen nicht einem Manne tragen, der durch seine Sympathie für die braune Nordpest ganz bestimmt gern auf die Groschen solcher Proleten verzichtet wird, die in den Nazis ihre Totfeinde erblicken. Die Bunzlauer Arbeiterschaft aber muß ganz anders wie bisher für die Ausbreitung des Kampfbundes gegen den Faschismus Sorge tragen. Es gibt besonders jetzt, wo wir vor dem antifaschistischen Kongreß in Breslau stehen.

Der Notwehrparagraf

§ 53 des Strafgesetzbuches:
„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Notwehr geboten war. Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwehren.
Die Ueberschreitung der Notwehr ist nicht strafbar, wenn der Täter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist.“
Die von den Mordüberfällen der Nazis bedrohten Arbeiter nehmen von diesem Paragrafen Kenntnis.

Riefenprozeß wegen Aushebung faschistischer Waffenlagers

Alle Konstruktionen, um das Verbot der KPD. vorzubereiten — Faschistische Waffenbesitzer bleiben vom faschistischen Reichsgericht unbehelligt — Revolutionäre Arbeiter sollen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt werden.

Wehrhafte Einheitsfront die proletarische Antwort

Gestern begann vor dem Leipziger Reichsgericht der große Waffen-„Diebstahl“-Prozeß gegen 29 revolutionäre Arbeiter. Die bereits seit Februar vorigen Jahres in Unterjuchungshaft sitzenden. Die Anklageerhebung erfolgte auf Grund eines Verzeichnisses einer Gruppe von Arbeitern, ein faschistisches Waffenlager, das sich in einem Gebäude der Reichswehr befand, auszuhelien. In der mehr als hundert Seiten umfassenden Anklageschrift stellt die faschistische Reichsanwaltschaft die Behauptung auf, daß die angeklagten Arbeiter auf Veranlassung der Kommunistischen Partei die Waffen zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes entwendet hätten. Außer nackten Behauptungen weih die Reichsanwaltschaft nichts weiter zur Begründung dieser willkürlichen und bewußten Konstruktion anzuführen.

Die werktätigen Massen werden sofort begreifen, daß der „mar nicht ausgesprochene aber doch durchsichtige Sinn dieser durch nichts bewiesenen Behauptung zur weiteren Förderung für die Verbotsgründe der KPD. dienen soll. Was fragen die Herren Reichsrichter danach, daß solche Behauptungen unsinnig sind, daß jeder revolutionäre Arbeiter weiß und täglich in seinen Zeitungen, täglich in den Versammlungen seiner Partei hört, daß unser Ziel Sowjetdeutschland nicht erreicht wird durch individuelle Aktionen, sondern daß eine revolutionäre Arbeiterpartei einzig und allein die Aufgabe hat, auf breiter Front alle Ausgebeuteten in Stadt und Land zum Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur und zum Kampf gegen das kapitalistische System zu führen.

Aus welchen Beweggründen also sind die angeklagten Proletarier spontan zur ihrer Tat geschritten. Jahrelang sahen sie — und mit ihnen Millionen deutscher Werktätiger —, daß unter Duldung und direkter Förderung der Staatsbehörden, sich die Faschisten zur blutigen Niederknüppelung der gegen Hunger und Elend kämpfenden Massen bewaffnen.

Mord auf Mord durch Hitlerische SA-Banden rih zahllose Arbeiter aus den Reihen des kämpfenden Proletariats.

Waffenlager auf Waffenlager faschistischer Organisationen wurden entdeckt, niemals aber hat man etwas von einer Strafverfolgung der faschistischen Inhaber dieser Waffen durch die Justiz gehört.

Sollten nun diese Arbeiter, als sie von der Existenz eines faschistischen Waffenlagers erfuhren, „Vertrauen“ zu den Behörden haben, die die Bewaffnung der Faschisten dulden und fördern? Sie hatten keins und spontan griffen sie zu, um dem verhassten faschistischen Klassenfeind die Waffen, die der Niedermordung ihrer Klassenangehörigen dienen sollten, zu entreißen, obwohl sie wußten, daß keine Instanz der Kommunistischen Partei ihnen hierzu jemals die Vollmacht gegeben hätte.

Wie solche Stimmungen in einzelnen Gruppen von Arbeitern entstehen können, dafür mag folgende

Liste entdeckter faschistischer Waffenlager und faschistischer Vorbereitungen zum Bürgerkrieg sprechen:

Im Januar 1930 wurden in Pölich in der Wohnung des

Inspektors Gorno fünf Militärgewehre und Munition gefunden. Gorno wurde nicht verhaftet.

Auf Schloß Jäschlowitz wurden im Oktober 1930 400 bis an die Zähne bewaffnete Nationalsozialisten zwangsgestellt. Am andern Tage wurden sie alle bis auf 4 wieder freigelassen. Von einem Verfahrnen des Reichsanwalts hat man bis heute nichts gehört.

In einem Erbbegräbnis einer Kapelle in Jggeln im Kreise Stuhm wurde ein riesiges Waffenlager ausgehoben. 12 Maschinengewehre, 90 Gewehre und riesige Mengen Munition wurden gefunden. Ein Mitglied des Stahlhelms wurde in diesem Zusammenhang verhaftet, aber sofort wieder freigelassen.

Die sowjetrussischen Arbeiter erklären:

Wir wollen Meister der Technik werden

Gewaltiger Widerhall der Rede des Genossen Stalin

Moskau, 13. Februar. Die Rede des Genossen Stalin auf der Konferenz der Industrielleiter hat einen gewaltigen Eindruck auf die Arbeiter gemacht und wird in den Zirkeln, Gruppen und Brigaden diskutiert. Die Vorträge des Genossen Stalin über die Aneignung des technischen Wissens werden eifrig erörtert. Die Arbeiter erklären, daß die Betriebe tatsächlich über alle Voraussetzungen zur Lösung der Aufgaben des dritten Abschnitts des Fünfjahresplans verfügen. Die Arbeiter geloben, ihrerseits alle Kräfte zur Erfüllung des Industrie- und Finanzplanes einzusetzen. In diesem Zusammenhang zeigen sich ein verstärkter Einlauf von Arbeiteranträgen und eine verstärkte Organisierung neuer Stößbrigaden.

So erklären die Arbeiter der Martinsbän der Hüttenwerke Stalins im Donezbecken in einer Resolution:

„Wir schließen uns in vollem Umfange der Rede des Genossen Stalin an und halten den Kampf um die Aneignung technischen Wissens für eine der wichtigsten Aufgaben. Wir bleiben unserer Abteilung bis zum Ende des Fünfjahresplans treu

Bei dem Kriegervereiner Emil Battersfeld in Werna wurde eine große Menge Sprengstoff gefunden und von der Polizei beschlagnahmt. Nach einem kurzen Verhör wurde B. sofort freigelassen.

In dem Blatmontag in Seebüch bei Hamburg haben Polizeibeamte den SA-Mordschützen Munition zur Erschießung revolutionärer Arbeiter gegeben. Der Hamburger Polizeisenator Schönfelder hat auf diese Anschuldigung keine Antwort gegeben.

Diese Feststellungen sind unbestreitbar! Die angeklagten Arbeiter, die all das täglich erleben, wollten verhindern, daß neue Mordwaffen von Faschisten gegen die Arbeiterklasse verwendet werden. Wir wissen, daß sich aus der bürgerlichen Journalistik eine Flut von Verleumdungen über die Kommunistische Partei im Laufe dieses Prozesses ergießen wird. Gestützt aber auf das Vertrauen von Millionen Werktätigen wird die Kommunistische Partei diese Generaloffensive der Klassenjustiz zurückzuschlagen und alle Pläne der Justizreaktion zunichte machen. Nur zu gut weiß das deutsche Proletariat, daß den bis an die Zähne bewaffneten Faschisten von der Klassenjustiz auch nicht ein Haar gekrümmt wird.

Mit der roten Hilfe, die sämtlichen revolutionären Angeklagten Rechtsschutz gewährt und die Unterstützung ihrer Familien übernommen hat, werden die Arbeiter ihre Sympathie für die angeklagten 29 Proletarier vor dem Leipziger Reichsgericht durch Massenurteile gegen die Justizreaktion Ausdruck geben, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, daß sie Handlungen begingen, mit denen sie ihrer Klasse gegen ihre faschistischen Todfeinde dienen wollten.

5 Nazi-Jungarbeiter kommen zum KPD.

Küßtel zum Kongreß der werktätigen Jugend!

Berlin, 16. Februar (Eig. Bericht).

In den letzten Tagen haben wiederum fünf junge Arbeiter dem Mordheer Goebbels den Rücken gekehrt. Sie haben begriffen wo ihr Platz ist und sind zur roten Front gekommen. Am dem Wedding beabsichtigten die Mordfaschisten einen Überfall auf revolutionäre Arbeiter. Ein Nazi-Jungarbeiter lehnte ab mitzumachen. Er trat sofort aus der Hitler-Jugend aus und kam zum kommunistischen Jugendverband. Ebenso verließen im Berliner Nordosten und Zentrum drei und in Witzke ein Jungarbeiter die Hitlers-Jugend und wurden Mitglieder des KPD.

Die werktätige Jugend rüstet zum Kongreß der proletarischen Jugend am 1. März. Aus zahlreichen Betrieben und Berufsschulen haben sich heute schon Hitler-Jugendmitglieder bereit erklärt, die arbeitereigenständige Politik der Nazijugend auf dem Kongreß vor den Jungarbeitern zu enthüllen. Jungarbeiter, stärkt die Einheitsfront der werktätigen Jugend gegen den Faschismus! Reicht euch ein in den KPD! Wählt überall Delegierte zum Kongreß der werktätigen Jugend!

Berücksichtigung im Reichswehretat

Märchenhafte Anforderungen für Unterhalt von Waffen.

Die französische Presse bezeichnet den deutschen Reichswehretat als eine nicht zu übertreffende Verschleierung von Ausgaben. Der „Matin“ weist dabei darauf hin, daß das Reichswehrministerium für den Unterhalt eines Geschwaders 300 Franken (50 Mark), eines Maschinengewehrs 25 000 Franken (4000 Mark), eines leichten Feldgeschützes 200 000 Franken (30 000 Mark) und eines Minenwerfers 72 000 Franken (12 000 Mark) anfordert. Für den Unterhalt der vorhandenen Fahrräder werden 200 000 Mark und für die Instandhaltung der militärischen Schneeschuhe rund 100 000 Mark verlangt.

Die Kommunistische Partei hat stets auf diese mit Recht als „märchenhaft“ bezeichneten Anforderungen des Reichswehrministeriums hingewiesen. Wie wir erfahren, wird die kommunistische Reichstagsfraktion auch jetzt wieder einen scharfen Vorstoß gegen die Verschleierung im Reichswehretat vornehmen.

Kein Nazi im Lustgarten

Das rote Berlin verteidigt seinen Aufmarschplatz

Berlin, 16. Februar (Eig. Bericht).

Trotz des Verbots Goebbels' hierher am Sonntag zahlreiche Arbeiter den Lustgarten besetzt. Über tausend Arbeiter bewachten in losen Gruppen den Lustgarten und hielten Wacht. Das Mahnfest der Reichswehr konnte nicht stattfinden. Als die ängstlich herumschleichenden Halenkreuzler die Arbeitergruppen im Lustgarten bemerkten, machten sie auf dem schnellsten Weg, daß sie davon kamen. An verschiedenen Stellen wurden die Mordfaschisten proletarisch begrüßt. Das rote Berlin hat die Revolution der Goebbels-Banden abgewehrt.

Nazi-Waffenlager in Bonn ausgehoben

Mordbanden schießen aus dem Nazi-Parteihaus

Böln, 14. Februar. (Eig. Bericht.) Gestern gegen 18 Uhr sahen eine Reihe von Arbeitern vor dem Parteihaus der Nazis in Bonn vorbei, als plötzlich aus dem Haus eine Reihe von Schüssen fielen, durch die mehrere Arbeiter schwerverletzt wurden. Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsache mußte die Polizei unter dem Druck der empörten Bevölkerung eine Durchsuchung des Nazi-Büros vornehmen. Dabei wurde ein umfangreiches Waffenlager freigelegt. Die Polizei beschlagnahmte mehrere geladene (!) Karabiner, geladene Jagdgewehre, zahlreiche Pistolen, Seitengewehre und etwa 500 Schuß Infanteriemunition. Gleichzeitig nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor, entließ aber die Verhafteten bis auf einen bereits nach kurzer Zeit.

Diese Vorgänge illustrieren blühend die Situation. In den Händen der Nazis befinden sich große Waffenbestände. Die faschistische Polizei geht aber nur unter dem Druck skandalöser Mordüberfälle gegen die Nazis vor, um ihnen hinterher kein Haar zu krümmen. Polizei und Nazis vereinen sich aber sofort, sobald sich die Arbeiter gegen die faschistischen Banden zur Wehr legen.

Das Berliner Diktatursgesetz in erster Lesung angenommen

Der geheime „Hauptauschuß“ — Maulkorbgesetz nach Löbes Vorbild — Die SPD. mit der Reaktion in einer Front

Der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages hat am 6. Februar die erste Lesung des neuen Diktatursgesetzes für Berlin abgeschlossen. Das Resultat dieser Verhandlungen zeigt ganz klar, daß es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum, der Sozialdemokratie und der Preußenregierung nur um Fragen der Posten jügerei in Berlin handelt, daß aber alle diese Parteien einig sind in der Absicht, die Berliner Kommunalverwaltung zu faschisieren.

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzentwurfes, die in der ersten Lesung angenommen wurden, sind folgende:

Mit Zustimmung der Sozialdemokratie wird zwischen die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat ein sogenannter Hauptauschuß geschoben, der aus einem Fünftel der Mitgliederzahl der Stadtverordnetenversammlung bestehen soll. Dieser Ausschuß tagt geheim und hat dieselben Rechte wie die Stadtverordnetenversammlung.

Für die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen des Hauptauschusses hat auch ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere die Abgeordneten Harnisch und Lohmann, gestimmt.

Außerdem wurde mit Zustimmung der SPD. beschlossen, daß dem Hauptauschuß die Beschlussfassung über bestimmte Gemeindegeldangelegenheiten nicht widerruflich, wie es zuerst im Zentrumsantrag hieß, sondern bis zum Abschluß der Wahlperiode übertragen wird.

Ein besonders starkes Stück hat sich die Sozialdemokratie bei der Abstimmung über einen Zusatzantrag der Volkspartei geleistet. Dieser Antrag will die Verschärfung der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes gegen die revolutionären Arbeitervertreter gleich in das neue Gesetz aufnehmen. Der Stadtverordnetenvorsteher kann nach dem Antrag Stadtverordnete bis zu Neben Sitzungstagen und auf die Zeit bis zu sechs Monaten aus der Stadtverordnetenversammlung ausschließen. Gleichzeitig wird der betreffende Stadtverordnete auch von der Tätigkeit in den Ausschüssen ausgeschlossen. Das wurde mit den Stimmen der SPD. beschlossen.

Die Stellungnahme der Preußenregierung zu diesen Beschlüssen wurde bisher nicht bekanntgegeben. Am 17. Februar soll die zweite Lesung im Ausschuß stattfinden.

